

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen Kosten die sieben spaltene Kolonne, je Zeile resp. deren Raum 1.- Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 24maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 88.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: Bockum-Verband Bockum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Offen. Druck u. Verlag von Sandmann & Co., Bockum, Biemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Mein Haß.

Ich bin ein Haßer  
Dem Feuerwasser,  
Den Wirtshausläufern,  
Den Sufelsäufern,  
Den Schnapsgefallen,  
Stupid und blind,  
Die ihrem Hause  
Die Hölle sind. —  
O diese Kasse,  
Wie ich sie hasse! —

H. B.

### Noch immer keine Antwort!

Im neuesten „Bergknappen“, vom 22. Februar 1908, befindet sich folgender Artikel:

„Veranlassen Gewerkschaftsführer die Annahme des schlechten Knappschaftsgesetzes?“

In verschiedenen uns feindlich gestimmten Blättern wurde in den letzten Wochen behauptet, eine vom Gewerksverein im Jahre 1906 vor Annahme des Knappschaftsgesetzes nach Berlin gesandte Kommission habe dort der Zentrumspartei den Rat gegeben, das Gesetz abzulehnen. Demgegenüber stellen wir fest: Die genannte Kommission hatte nicht den Auftrag, sich nur mit dem Zentrum in Verbindung zu setzen und das Zentrum zur Ablehnung des Gesetzes aufzufordern. Sie sollte vielmehr bei dem in Betracht kommenden Minister und bei allen in Betracht kommenden Parteien darauf hinwirken, daß die Hauptwünsche der Arbeiter bei dem Gesetz berücksichtigt würden. Jedem Kenner der Verhältnisse war klar, daß das Gesetz im Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung gelangte. Dieses wurde der Kommission außerdem noch von maßgebender Stelle bestätigt. Sicher war auch, daß die Regierung nicht an den Reichstag gehen würde. Nun suchte die Kommission im letzten Augenblick noch wenigstens die Einführung der geheimen Wahl und die Verabschiedung des Wahlrechts der Invaliden durchzusetzen. Selber ohne Erfolg, weil die Vertreter der nationalliberalen und konservativen Parteien darauf nicht eingehen wollten.

Wie aus dem Angeführten hervorgeht, hat die Kommission unparteilich und nur im Interesse der Arbeiter gewirkt. Die gegen die Kommissionsmitglieder eingeleitete Gehe ist deshalb unberechtigt. Der von der Genossenpresse gebrachte Vergleich zwischen dem, was z. B. Zimbusch angeblich in Berlin getan haben soll und auf der Generalversammlung des Gewerksvereins gesagt hat, ist außerdem auch deshalb hinfällig, weil es bekanntlich mehrere Zimbusch gibt, von denen der eine in Berlin war und der andere auf der Generalversammlung ein Referat hatte.

Soweit der „Bergknappe“. Sind unsere Freunde am „Bergknappen“ wirklich so schwer von Begriff, oder haben sie seit dem 17. Januar 1908 keine Zeitungen mehr gelesen? Am 17. Januar 1908 hat unser Kamerad S u e im Reichstag ausgeführt, in der Beurteilung der Knappschaftsnovelle seien sich die Vergleute aller Richtungen einig. Wie die Bergarbeiterverbände so hätten auch die christlichen Gewerksvereiner die Ablehnung des verhungerten Gesetzes verlangt. Daraus habe die Zentrumsfraktion im Landtage nicht dem Wunsche der Gewerksvereinskameraden entsprechend gehandelt mit der Annahme des Gesetzes.

Darauf trat am 18. Januar 1908 auf die Reichstagstribüne der Zentrumsabgeordnete Giesberts und erklärte: Die von dem christlichen Gewerksverein nach Berlin entsandte Deputation habe „im letzten Grunde gesagt“: „Die Zentrumspartei soll für das Gesetz stimmen“ (Reichstagsstenogramm vom 18. Januar 1908, Seite 2387).

Durch diese Giesbertsche Erklärung entstand selbstredend für die ganze Bergarbeiterschaft die Frage: Was ist Wahrheit? Hat die Gewerksvereinsdeputation der Zentrumsfraktion gesagt: Stimmt für das Gesetz? Oder hat die Gewerksvereinsdeputation sich in Berlin auf den Standpunkt gestellt, den die Vergleute einnehmen: Ablehnung des verhungerten Gesetzes?

Wir meinen dieser Sachverhalt ist so klar, daß ein Kind ihn erfassen kann. Uns ist auch in der „Genossenpresse“ keine „Gehe“ gegen die Gewerksvereinsdeputation aufgekommen. Es ist mit Fug und Recht gefragt worden, wie sich denn eigentlich die Deputation in Berlin zu dem verhungerten Gesetz gestellt hat. Die Bergarbeiter im Ruhrgebiet wissen aus den Reihen der Gewerksvereinsvertreter, außerhalb des Ruhrgebiets wissen die Kameraden aus der Fachpresse und den Tageszeitungen, daß die Gewerksvereinsleiter sich stets ebenso scharf gegen die Annahme des verhungerten Gesetzes ausgesprochen haben wie die Verbände! Auf einmal tritt Herr Giesberts auf und erklärt, die Gewerksvereinsdeputation habe der Zentrumsfraktion gesagt: Stimmt für das Gesetz!!!

Begreift der „Bergknappe“ wirklich nicht warum es sich nun handelt? Dann wollen wir ihn nochmals präzisere Fragen vorlegen:

1. Ist es wahr, daß der Gewerksvereinsvorstand am 11. April 1906 den Beschluß faßte, die Landtagsabgeordneten zu bitten, das Gesetz abzulehnen, wenn es nicht mindestens das geheime Wahlrecht und das Wahlrecht der Invaliden vorschriebe?

2. Ist es wahr, daß der „Bergknappe“ vom 7. April 1906 alle arbeitersyndikalen und gerechten Abgeordneten aufforderte, das Gesetz abzulehnen, wenn den Arbeitern kein ausschlaggebender Einfluß bei der Verwirklichung der Knappschaftsklassen eingeräumt wird?!

3. Ist es wahr, daß der Generalsekretär des Gewerksvereins, Johann Effert, am 7. Mai 1906 im „christlichen Zentralblatt“ schrieb,

wenn die Kommissionsvorlage (das jetzt Gesetz) den Vergleuten zur Urabstimmung unterbreitet würde, so würden auch die christlichen Vergleute mit großer Majorität die Vorlage ablehnen?

4. Ist es wahr, daß in den Gewerksvereinsversammlungen von den offiziellen Referenten, auch im „Bergknappen“ vor und nach der Annahme der Kommissionsvorlage die Ablehnung derselben als im Bergarbeiterinteresse liegend bezeichnet worden ist?

5. Ist es wahr, daß keiner der berufenen (oder auch ungerufenen) Gewerksvereinsvertreter der Gesamtbergarbeiterschaft oder den Verbandsvertretern mitgeteilt hat, die Deputation habe gegen den Willen auch der christlichen Bergarbeiter (siehe Efferts Artikel im „Zentralblatt“ vom 7. Mai 1906) der Zentrumsfraktion die Annahme des Gesetzes angeraten?

6. Oder ist es wahr, was dagegen Herr Giesberts behauptet, daß nämlich die Gewerksvereinsdeputation der Zentrumsfraktion die Annahme des von den Vergleuten aller Richtungen vertretenen Gesetzes angeraten hat?

So, nun haben wir die entscheidenden Fragen so präzise gestellt, daß ein Mißverständnis oder auch nur ein Ausweichen ausgeschlossen ist. Jetzt erwarten wir eine klare, ehrliche Antwort von der berufenen Gewerksvereinsleitung.

### Was leistet der Bergarbeiterverband für seine Mitglieder?

Wer als Arbeiter seine Lage verbessern will, muß sich gewerkschaftlich organisieren.

Die Hauptkasse des Bergarbeiterverbandes hat ihre Jahresabrechnung veröffentlicht. Sie zeigt das erfreuliche Bild einer bedeutenden inneren Erstarbung unseres Verbandes. Was wir schon bei der Besprechung des Jahresabschlusses im Nr. 38 der „Bergarbeiterzeitung“ vom 17. August 1907 schrieben, können wir wiederholen: Unsere Verbandsverwaltung könnte mit noch viel höheren Mitgliederzahlen prunken, wenn wir alle Kameraden und unglücklichen Kontonisten in der Mitgliederliste mitschleppen wollten. Das hat aber erstens keinen praktischen Zweck, zweitens betrügen wir die Öffentlichkeit und uns selbst mit bloßen Worten. Unser Streben geht dahin, möglichst nur vollqualifizierte Mitglieder zu haben, alle anderen auszumergen. Wegen des kolossalen Umfangs, durch den bekanntlich allen Gewerkschaften viele Mitglieder verloren gehen, können wir unser Ziel nicht mit einem Ruck erreichen. Aber wir legen sehr Gewicht darauf, eine straffe Organisation, die ihrer Mitgliederzahl entsprechend leistungsfähig ist, zu schaffen. Wir hätten nach unseren Mitgliederlisten für das Jahr 1907 recht gut 7—8000 Mitglieder mehr angeben können, verzichteten aber darauf, weil mit der wahrheitsgemäßen Angabe sehr erhöhter Mitgliedschaft nichts erreicht wird, wenn nichts dahinter steckt. Unsere nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zusammengezählte Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 111 476, oder 1229 mehr wie im Jahre vorher.

Betrachten wir uns nun aber die eingegangenen Mitgliederbeiträge, so ergibt sich eine bedeutend größere Verstärkung des Verbandes wie sie in der Mitgliederzahl zum Ausdruck kommt. Die Hauptkasse vereinnahmte an regelmäßigen Mitgliederbeiträgen:

- 1905: 1 189 585,88 Mk.
- 1906: 1 587 836,46 "
- 1907: 1 690 406,10 "

Im Jahre 1907 sind also über 100 000 Mk. mehr Mitgliederbeiträge eingegangen wie 1906. Demnach sind 1907 für ziffr. 5000 Mitglieder mehr Beiträge eingegangen wie im Jahre vorher. Wir haben trotzdem nur eine Mitgliederzunahme von 1229 registriert, um nach und nach die unregelmäßigen Mitglieder wenigstens rechnerisch auszuscheiden. Jeder wird zugeben, daß diese Geschäftsführung eine gesunde ist. Der jetztige 40 Pfg.-Wochenbeitrag wird erst seit dem 1. Oktober 1905 erhoben; daraus erklärt sich die außerordentlich starke Einnahmesteigerung von 1905 auf 1906.

Sehen wir uns die Gesamteinnahme an, so finden wir, daß sie betrug in den Jahren:

- 1905: 1 620 375,42 Mk.
- 1906: 2 033 343,58 "
- 1907: 2 155 652,29 "

Der schon so oft totgesagte „alte Bergarbeiterverband“ gehört jetzt zu den Gewerkschaften mit einem Jahresumsatz von über zwei Millionen Mark. Den Deutschen aber, die nicht würde werden über „Vergewendung von Arbeitergroßden“ zu fabeln, wird der Vermögenszuwachs unseres Verbandes ganz gehörig das Maul stopfen. Es betrug das Gesamtvermögen des Bergarbeiterverbandes am Jahreschluß:

- 1904: 734 901,— Mk.
- 1905: 1 226 445,— "
- 1906: 1 252 645,— "
- 1907: 2 000 494,25 "

Unser Verbandsvermögen hat sich innerhalb vier Jahren bald verdreifacht; in dem einen Jahre vermehrte sich das Verbandsvermögen um 747 849,23 Mark! Unsere Hoffnung, am Jahreschluß über zwei Millionen Verbandsvermögen berichten zu können, hat sich erfüllt.

Wer hätte vor zehn Jahren geglaubt, daß der von fast allen Seiten wütend verfolgte „alte Verband“ heute einen Vermögensbestand von über zwei Millionen Mark aufweisen könnte! Damals wurde uns so oft das „Sterben“ prophezeit, daß wir wohl deshalb heute alle anderen Bergarbeiterorganisationen weit hinter uns zurückgelassen haben. Geld gibt Macht, insbesondere eine Arbeiterorganisation muß finanziell gut gestellt sein, danach wird ihr wirtschaftlicher Einfluß bemessen. Heute können wir sagen, daß alle anderen Bergarbeiterorganisationen zusammengenommen nicht halb so viel finanzielle d. h. auch organisatorische Macht haben wie unser Bergarbeiterverband! An entscheidender Finanzkraft ist der Bergarbeiterverband mehr als doppelt so leistungsfähig wie alle anderen Organisationen unserer Berufs-

genossen zusammen! Daraus ersieht jeder Kamerad, wer es noch nicht weiß, dem muß es gesagt werden, daß er im Bergarbeiterverband weitest aus besten geschützt ist vor den Wechselfällen im Kampfe um's Dasein.

Nun gibt es merkwürdigerweise noch manche Kameraden, die sind der Meinung, der 40 Pfg.-Wochenbeitrag würde nur für den Empfang der Verbandszeitung gezahlt. Vornehmlich hören unsere agitatorisch tätigen Mitglieder oft von Bergarbeiterfrauen sagen: „Die 40 Pfg. sind mir zu viel für die Zeitung.“ Demnach glauben die betreffenden Kameraden oder ihre Frauen, unser Wochenbeitrag gelte sozusagen als Abonnement auf die „Bergarbeiter-Zeitung“, wissen also nicht, was alles sonst noch von den 40 Pfg.-Wochenbeiträgen für die regelmäßig zahlenden Mitglieder aus der Verbandskasse geleistet wird.

Darum sei nachstehend zusammengestellt, was außer der frei in's Haus gelieferten Zeitung, außer belehrenden Vorträgen und bildender Literatur der Verband seinen Mitgliedern für große Hilfen angebeihen ließ. Es wurden ausgegeben für:

Rechts-schug	Sterbe-gelder	Gewah-regelte	Arbeits-lofe	Kranke	Streikende
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1900: 9 200,78	5 480,—	—	—	—	10 201,48
1901: 14 507,88	18 918,60	9 509,20	—	—	6 029,55
1902: 14 816,88	21 865,10	18 404,94	—	—	11 525,63
1903: 20 845,89	27 786,00	—	—	—	82 005,50
1904: 44 100,18	49 700,—	19 724,52	—	—	10 860,—
1905: 61 826,88	90 100,—	15 187,74	3 815,80	50 382,—	60 000,—
1906: 72 095,88	63 240,—	27 092,51	6 705,70	282 705,25	651 508,08
1907: 78 806,46	66 000,—	23 097,—	6 685,70	280 474,50	98 780,20

Zus. 810 740,88 808 110,60 108 678,— 10 177,20 560 021,75 805 744,84

Ziehen wir nun zusammen, was aus der Verbandskasse von 1900 bis inkl. 1907 gezahlt worden ist, dann erhalten wir folgendes Bild:

Ausgabe für	Mk.
Ausgabe für Rechts-schug	810 740,88
an Sterbegelder	308 110,60
für Gewah-regelte	108 678,00
für Arbeits-lofe	16 177,20
Kranke	569 621,75
Streikende	805 744,84

Zusammen 2 209 076,57 Mk.

Diese gewaltige Summe ist aus der Verbandskasse schon innerhalb acht Jahren an die Mitglieder zwecks Verteidigung ihrer Rechte und Unterstützung in Zeiten der Not ausgezahlt worden! Und dabei sind von den zusammengetragenen Groschen noch über zwei Millionen Mark für die Verbandsmitglieder aufgespart worden! Wenn man bedenkt, daß wir erst seit dem 1. Oktober 1905 einen Wochenbeitrag von 40 Pfg. erheben, damit immer noch einer der niedrigsten Beiträge, verglichen mit anderen großen Gewerkschaften, dann muß doch jedem klar werden, welche Kraft in der Einigkeit liegt. An Groschen ist das Millionenvermögen zusammengesparrt. Wer nicht dem Verbands angehört, der gibt die 40 Pfg. pro Woche auch sonst aus, ist aber am Jahreschluß arm wie Hob. Dagegen haben die Verbandsmitglieder die freudige Genugtuung, sich sagen zu können: „Wir stehen nicht mehr ganz hilflos da; in kranken und arbeitslosen Tagen, auch wenn wir im Kampfe um unser gutes Recht stehen, dann sind wir nicht auf den Bettelstoch angewiesen, sondern unser Verband tritt mit seinem vor uns erparten Vermögen für uns ein!“

Und wenn Verbandsmitglieder oder deren Hinterbliebene im Gerichtsstreit um Unfallrente, Knappschaftspension oder Invalidenrente liegen, so genießen sie unentgeltlichen Rechtsschutz aus der Verbandskasse, bis in die höchsten Instanzen hinein. Zehntausenden bedürftigen Mitgliedern und ihren Hinterbliebenen hat der Verband durch seinen Rechtsschutz schon geholfen. Gerade diese Verbandsseinrichtung hat unendlich vielen Unfallverletzten, Invaliden, Witwen und Waisen ihre Rechte erliritten. Ost genug müssen wir leider erleben, wie Kameraden, die dem Verbands den Rücken lehrten, tödlich oder schwer verunglückten und dann fanden sie begw. ihre Familien ohne Hilfe da. Ost genug haben leider weiterwundliche Kameraden, denen der Beitrag „zu hoch“ schien, erfahren müssen, daß sie im Falle der Not bereuten, das schließende Verbandsbuch verlassen zu haben. Während sie bei uns unentgeltlichen, weitgehenden Rechtsschutz erhielten, so ost sie ihn bedürften, mußten sie, nachdem sie Nichtmitglieder waren, den Rechtsanwältinnen oder den Winkeladvokaten für jeden Rechtsschutzfall schwer bezahlen. Die Neue kam zu spät. Beherrzt das besonders, ihr Bergmannsfrauen!

Unsere Aufstellung lehrt alle Kameraden, welche gute Stütze sie an dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands haben. Nachdem der 40 Pfg.-Beitrag eingeführt worden war, begann auch die Zahlung von Krankenunterstützung. Innerhalb drei Jahren sind schon bald 570 000 Mk. für diese beiden Posten an die Mitglieder gezahlt worden. Gibt es eine bessere Hilfe für die Vergleute wie unsern Verband? Nein! Beispielsweise kann ein krankes Mitglied im Laufe einer Woche mehr als siebenmal so viel Krankenunterstützung aus der Verbandskasse beziehen, wie er an Beiträgen hinauszahlt. Das Kameradschaftliche Zusammenhalten nur macht das möglich! Einer für alle, alle für einen!

Gewaltig mehr könnten wir leisten, wenn sich die hunderttausende ihres Lebenszweckes noch nicht bewußten Kameraden dem Verbands der Bergarbeiter Deutschlands anschließen. Je mehr kommen, desto mehr kann getan werden für die materielle und geistige Hebung des Bergarbeiterstandes. Je mehr zehntausende, hunderttausende sich in die Reihen der Verbände stellen, umso imposanter ist ihre Macht, umso nachdrücklicher können wir die Werkmischstände bekämpfen, die Lohne- und sonstigen Arbeitsbedingungen verbessern. Es liegt an dem Arbeiter selbst, ob er als Sklave oder als gleichberechtigter Staatsbürger behandelt sein will! Mit gelegentlichen Protesten und wilden Arbeitseinstellungen wird nichts Dauerndes erreicht.

Dauernde Vorteile kann nur die Organisation, kann nur eine zähe, unermüdete Agitations- und Organisationsarbeit erzielen. Das haltet euch immer vor Augen, Kameraden in allen Reibieren, und sorgt mit Eifer dafür, daß einer „alter Verband“ recht bald das zweite Hunderttausend Mitglieder voll hat.

### Besoldungsverhältnisse amerikanischer Gewerkschaftsleiter.

Bisher war es allgemein üblich, über die „sich von Arbeitergroßen mäßigenden Agitatoren“ zu falbern. Personen, die ein jenseitiges höheres Einkommen hatten wie der Werktags und Sonntag im Gewerkschaftsdienst tätige „Agitator“, warfen diesem „mühseligen und reiches Einkommen“ vor. Als Angehörige des Bergarbeiterverbandes noch längt keine 100 Mark monatliches Gehalt, also weniger Lohn hatten wie ein geschulter Arbeiter ihrer Branche, da schon mühten wir uns um unaufrichtigen Schmutz in blätterlichen Blättern fast aller Richtungen lassen, wir „mühten“ uns mit den „Mühtagsgrößen der Irregulierten Arbeiter“. Zur Zeit als die Angestellten des Bergarbeiterverbandes täglich ein „Gehalt“ nur etwas über 8 Mark bezogen — der durchschnittliche Dauerlohn stand im Ruhrbecken damals auf 4,65 Mark — da peitschten unsere Gegner die niedrigen Instanzen im Menschen auf, um das Vertrauen der Kameraden zu ihren gewählten Organisationsleitern zu untergraben. Damals hat die Zentrumspresse wieder mitgeholfen, die Gewerkschaftsleiter als „sich mühtende Verpaffer der Arbeitergroßen“ zu beschimpfen. Erst nachdem die der Zentrumspartei angehörenden Vorstehenden usw. usw. der christlichen Gewerksvereine von ihrer Organisation auch freigestellt worden waren, erst als auch diese, um mit den Worten der Zentrumspresse zu reden, „sich von den Arbeitergroßen mühten“, da schwebten diese Blätter von der ausgeblieben „Vergeltung der Arbeitergroßen“. Aber noch heute drucken dann und wann auch Zentrumblätter die nunmehr von Reichsligenverband ausgehenden Beschimpfungen der Gewerkschaftsleiter nach. Noch vor kurzem hat deswegen die „Welt-Arbeiterzeitung“ einem Zentrumblatt auf die Finger klopfen müssen. Diese Beschimpfung der Gewerkschaftsleiter ist schon deshalb niederträchtig, weil für seine Bezahlung — auf deren Höhe wir noch zu sprechen kommen — von dem Gewerkschaftsbeamten ein so hohes Maß von Arbeit, Selbstaufopferung und Nervenzerrüttung verlangt wird, daß so gut wie alle Gewerkschaftsbeamten in verantwortungsvoller Stellung körperlich bald aufgegeben sind. Mühen sie doch alle Tage, Werttag und Sonntag, selbst in der Nacht, wenn es nicht anders geht, bereit sein für den Gewerkschaftsdienst. Von den 52 Sonntagen im Jahre können viele Gewerkschaftsbeamte nur einige sich und ihrer Familie widmen. Versammlungen, Konferenzen usw. verpflichten die Angestellten. Wer es jahrelang mitgemacht hat, weiß wie das dem Körper zusetzt, wieviele nicht erstete Extraausgaben entstehen, wie die Kleidung rasch abgenutzt wird, und anständig gekleidet soll und muß der Gewerkschaftsbeamte sein, sonst kommt er bald „unten Fußvoll“, wie man zu sagen pflegt.

Von den deutschen Gewerkschaftsbeamten haben nur ganz vereinzelte über 3000 Mark Jahresgehalt. Ihnen sind aber auch ganz besondere Repräsentationspflichten auferlegt. Im Bergarbeiterverband beträgt das **Höchstgehalt** nur 2640 Mark jährlich, erreichbar erst nach zehnjähriger Pflichterfüllung. Nur die Kameraden Hue und Sachse haben bisher das Höchstgehalt erreicht. Aber während der Reichstag tagt, erhalten die beiden keinen Pfennig Gehalt, müssen jedoch, soviel es ihre Zeit gestattet, für den Verband arbeiten. Da in der Regel der Reichstag hier bis fünf Monate tagt, so beziehen die Kameraden Hue und Sachse aus der Verbandskasse jetzt jährlich nur 1800—1800 Mark, etwa soviel wie 1907 ein Kohlenhauer im Ruhrgebiet durchschnittlich verdient haben soll nach der Behauptung eines Werkvertrinters im preußischen Landtag.

Da nun aber die Gegner der Gewerkschaftsbewegung vor allen Dingen schwindeln, es entspreche der „sozialdemokratischen“ Geplogenheit, daß sich die „Agitatoren“ sehr reichlich bezahlen lassen, so lohnt es sich, einmal den beschimpfenden Redereien gegenüberzustellen, wie die amerikanischen Gewerkschaften ihre Beamten besolden. Und zwar handelt es sich nicht um eine „sozialdemokratische“ Organisation, sondern es betrifft den vom Kameraden John Mitchell bisher geführten im bürgerlich-politischen Fahrwasser befindlichen amerikanischen Bergarbeiterbund.

Wir entnehmen diese Angaben dem Massenbericht des Kameraden Wilson. Danach hatte der amerikanische Bergarbeiterbund 1907 allein 69 Angestellte mit je mehr als 1000 Dollar Einkommen aus der Organisationskasse. Da ein Dollar gleich 4,25 Mark ist, so kann sich jeder leicht nachrechnen, daß jeder dieser Angestellten unseres amerikanischen Bundesverbandes jährlich mindestens 4250 Mark bezog!

Von den 69 erhielten 47 mehr als 1500 Dollar (6375 Mk.), 20 erhielten mehr als 2000 Dollar (8500 Mk.), 5 erhielten mehr als 3000 Dollar (12750 Mk.), 3 erhielten über 4000 Dollar (17000 Mk.). Die Einnahme des ersten Präsidenten John Mitchell betrug 4899 Dollar (20560 Mk.), der zweite Präsident Davis bezog 4054 Dollar (17229 Mk.), der Hauptkassierer Wilson bezog 4452 Dollar (19921 Mk.).

Solche Gehälter zahlen die organisierten amerikanischen Bergleute ihren Beamten. Das sind keine „ausbeuterischen Sozialdemokraten“, sondern gutbürgerliche Parteigänger. Bei uns in Deutschland erhebt die gewerkschaftsfeindliche Presse schon ein Getöse, wenn ein Gewerkschaftsangehöriger 2000 bis 3000 Mark Gehalt bezieht für seine verantwortungsvolle Arbeit. Bei uns werden dann die Arbeiter aufgehetzt gegen den „sich mühtenden Agitator“. In Amerika beziehen die Gewerkschaftsleiter jährlich 4000 bis 20000 Mark Gehalt, ohne daß jemand sich erdreiste, diesen Kameraden ehrlöse aussteinerische Gefinnung vorzuwerfen.

Wir denken natürlich nicht im Traume daran, für die Gewerkschaftsleiter in Deutschland solche Gehälter zu verlangen wie sie unsere amerikanischen Kollegen beziehen. Aber wir verlangen uns entschlossen gegen die infame Verleumdung, von den in Deutschland an die Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehältern „mühten“ sich die Angestellten auf Kosten der Arbeiter. Bei uns sind auch die Angestellten der Gewerkschaften froh, wenn der Zahltag da ist, denn wer es weiß, welche vielfachen Ansprüche an die Gewerkschaftsbeamten gestellt werden und wie manche Mark ausgezogen werden muß, die man, wenn man nicht „freigekauft“ wäre, nicht auszugeben brauchte, der wird die Redensart von der „Mühten von Arbeitergroßen“ als eine niederträchtige Verleumdung zurückweisen. Wir kennen keinen Gewerkschaftsbeamten, der im Gewerkschaftsdienst reich oder auch nur wohlhabend geworden ist! Wenn das Jahr heran ist, dann stehen die Gewerkschaftsbeamten ebenso mittellos da wie die anderen Arbeiter.

Allerdings sind auch die Arbeiterlöhne in Amerika bedeutend höher wie in Deutschland, wonach sich naturgemäß auch die Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten regelt. Beispielsweise betragen sie tarifmäßig vom 1. April 1906 bis 1. April 1908 für die im Schichtlohn stehenden erwachsenen Untertagsarbeiter im Staate Illinois nach Michels Bericht 2,36 bis 2,56 Dollar pro acht Stunden, also nach deutschem Geld durchschnittlich zirka 10 Mark. Das wäre doppelt bis dreifach soviel wie dieser Arbeitergruppe in Deutschland gezahlt wird. Der Unterschied zwischen den deutschen und den amerikanischen gewerkschaftlichen Beamtengehältern ist aber noch viel größer. Die ersten Gewerkschaftsleiter in Amerika beziehen fünf bis siebenmal höheres Gehalt wie die in gleicher Stellung befindlichen deutschen Gewerkschaftsbeamten. Auch sie werden höhere Extraausgaben haben. Drüber muß eine bedeutend bessere Besoldung der Gewerkschaftsleiter als selbstverständlich erscheinen. Mit um so größerem Nachdruck muß darum die gefemmelte niedrige Besoldung der ungemein viel geringer bezahlten deutschen Gewerkschaftsangehörigen zurückgewiesen werden.

### Das Stöderparadies im Siegerland.

Bekanntlich ist es dem Bergarbeiterverband bis heute noch nicht möglich gewesen, im Siegerland festen Fuß zu fassen. Der Nichtkennner der Verhältnisse wird sagen, dann muß die Zeitung des Verbandes nicht auf dem Posten gewesen sein oder die Verhältnisse in den Betrieben sind im Siegerland derartig, daß sich eine Organisation erkörigt. Das eine wie das andere ist jedoch nicht zutreffend. Die Bergarbeiterzeitung d. S. Siegerlandes ist derartig rückständig und bedürfnislos, daß es selbst dem Gewerkschaftsleiter christlicher Bergarbeiter, dem doch Botale zur Verfügung stehen und der sogar von Wehbe und Weisheitlichkeit gepöbert wird, schwer wird, sich zu beschaffen. Wenn der Gewerkschaftsleiter seine monatliche Abrechnung aus dem Siegerland im „Verglappen“ veröffentlichte, würden wir ein bißchen Wunder erleben. Wir hatten vor mehreren Tagen in Großenbach bei Neubeschen in einer Werkstatt eine Besprechung mit mehreren Bergarbeitern. In Großenbach liegt die Zeche Störz und Schöneberg, auf welcher 1800 bis 2000 Arbeiter beschäftigt sind, sowie die Zeche Sonntagsumb, wo ebenfalls 800 Bergarbeiter tätig sind. Die Kameraden, die unorganisiert waren, sowie der Miet, teilten uns mit, daß der Gewerkschaftsleiter an diesem Orte nur noch sieben Mitglieder habe, so nannten uns sogar die Namen derselben, die dem Gewerkschaftsleiter angehöben. Wenn in einem solchen Industrie-reichen Ort der Gewerkschaftsleiter nicht mehr Mitglieder hat, wie mag es dann anderswo im Siegerland aussehen? Auf Zeche Störz und Schöneberg sind noch zirka 30 Mädchen mit Kleinlohnbesoldung im-beschäftigt. Als wir unsere Vermutung darüber ausdramatisierten, meinten die Bergarbeiter, daß sie doch ganz in Ordnung, die Mädchen verdienen monatlich 60 bis 70 Mk. bei zwölfstündiger Arbeitszeit und die seien gut mitzunehmen. Im übrigen Brauchten ja die Mädchen nicht auf der Zeche zu schaffen, daß sie ja ihr eigenes Mitleid! Da kühlt man heraus, welchen Geist Herr Stöder in dem Viererjahrhundert, wo er den Wahlkreis vertritt, hingetragen hat. Als wir mit den Arbeitern über die menschenunwürdigen Zustände, über die Lohnreduzierungen und zahlreichen Unfälle sprachen, entriekteten sie sich darüber, daß wir es wagen, Kritik zu üben.

Es sagen, wenn die Unternehmer Lohnreduzierungen vornehmen, der Herr will es so, der liebe Gott will nicht, daß wir mehr verdienen. Jeder Unfall der passiere, sei von der Vorsehung bestimmt. So hat ein Arbeiter von Großenbach, der in Ausbildung seines Berufs einen Beinbruch erlitt, sich erst kirchlich jeden ärztlichen Beistand verweigert. Er motivierte sein Vorgehen mit den Worten, der liebe Gott hat es gewollt, daß mein Bein gebrochen wurde, er wird es auch wieder heilen, da kann kein Arzt helfen. Es ist vergebliches Bemühen, diese Arbeiter darauf hinzuwirken, daß durch flitzere Arbeitszeit, durch bessere Lohnzahlung sowie durch bessere Einrichtungen in den Gruben die zahlreichen Krankheiten und Unfälle bedeutend vermindert werden könnten. Bei diesen Arbeitern ist die Meinung vertreten, daß die Unternehmer die Gruben nur aus Liebe zu ihnen, nur im Interesse der Arbeiter in Betrieb lassen, um ihnen Brot zu verschaffen. Was werden die Siegerländer Unternehmer sich verquält ins Fäulnis fachen über eine derart rückständige Ansicht ihrer Arbeiter. Es geht doch halt nichts über das patriarchalische Verhältnis zwischen dem „Herrn“ und dem Arbeiter.

Gottlob, wir haben hier noch keine „sozialdemokratischen Bergarbeiter“, das sind die Worte, die die Siegerländer Bergarbeiter mit großem Wohlgefallen anspricht und bedauernd nicht er auf seinen weniger glücklichen Geschäftsfreund herab, der sich draußen mit dem „organisierten Volk“ herumschlägen muß. Hierzulande herrschen noch die Sitten der guten alten Zeit, der Arbeiter ist mit jedem Fünftel nicht nur zufrieden, sondern bedankt sich auch noch dafür in der Vorauszahlung, daß alles gütliche Fügung ist. Der Siegerländer Arbeiter ist zum Teil in einem Hausgenossen geboren und aufgewachsen, das vor ihm seine Eltern, Großeltern usw. bewohnten, die bei denselben Herrn in Arbeit standen, in derselben Grube schafften oder vor denselben Ofen putzten. Ein Stöckerland nennt er sein eigen, er findet hier Gelegenheit, das künftige Einkommen aus seiner Berufsarbeit durch den Ertrag seines Wechters halbwegs auszubücheln zu gestalten. Wird die Arbeit knapp, bleibt ihm der Ausweg, sich durch Mühsal im Wiesenbau oder beim Holzfällen in den Bergen das Nötigste zu erwerben. Kurzum, die besonderen Verhältnisse, in denen er groß geworden, haben ihn davor bewahrt, daß er der „Gezehrlichkeit“ der Massen verfallen ist. Vom großen Verkehr abgeschlossen, mit den Zentren der Arbeiterbewegung in keiner Verbindung, blieb der Siegerländer Bergarbeiter politisch und gewerkschaftlich ungebildet. Bei Reichstagswahlen schreitet er, mit dem Wahlrecht für den „Gortemann“ Stöder in der Hand, zur Wahlzelle, ohne sich über dessen Tätigkeit klar zu sein oder den Kopf zu zerbrechen. So ist der Siegerländer Arbeiter ein Mann nach dem Herzen der Kapitalisten. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Herr und Arbeiter liegt hier für ungenutzte Ausbeutung.

Der Siegerländer Unternehmer aber kann sich eigentlich gar keinen besseren Vertreter im Parlamente wünschen, wie Adolf Stöder. Als Kamerad Hue im Jahre 1908 im Reichstag auch die Siegerländer Verhältnisse unter die kritische Lupe nahm, da spielte sich Stöder als Anwalt der Unternehmer auf, indem er ausführte: „Ich bin 25 Jahre Vertreter dieses Wahlkreises und Sie können mir glauben, daß wenn solche Schauerreden, wie sie Ihnen der Abgeordnete Hue erzählt hat, irgenwem Wahrheit wären, die Arbeiter, die mich gewählt haben, mich auch davon in Kenntnis setzen würden.“ So sprach Stöder als Sachverständiger und Anwalt der Unternehmer im Reichstag über die Siegerländer Arbeitsverhältnisse. Daß Hue mit seinen Ausführungen nicht übertrieben hatte, daß hat ja Herr Wieber in seinem Referat auf dem Arbeiterkongreß in Berlin bestätigt, indem er ausführte: „Die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Hue seien Wahrheit, in Wirklichkeit wären die Zustände noch schlimmer.“

Diese Ausführungen des Herrn Wieber mag sich der „wahrheitsliebende“ Herr Stöder an den Hut stecken. Überzeugen werden sie ihn freilich nicht, Herr Stöder wird vor wie nach weiter behaupten, Mißstände, Lohnreduzierungen, rigorose Behandlung der Arbeiter gibt es nicht, sonst würden sie bekannt sein. Im Siegerland sind die Arbeiter nicht in Anfrcht des Herrn Stöder vor wie nach auf Rosen gebeitet. Noch vieler Aufklärungsarbeit wird es bedürfen, um die Arbeiter des Siegerlandes aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu bringen.

### Soziale Rechtspredung und Arbeiter-Versicherung.

#### Christliche Gewerksvereine gegen die sogenannten „Wahlkreiseinrichtungen“.

In Hüttenarbeiterkreisen wird die Bewegung gegen die Fabrik-pensionskassen stärker. Vor wenig Jahren noch verurteilten nur die freien Gewerkschaften die unter der Maske der „Wahlkreiseinrichtung“ sich verbergende Arbeiterfesselung und Schädigung. Allmählich wandelten sich — auch hierin die Anschauungen der Gewerkschaftenmitglieder. Gegen die **christliche Pensionskasse** richtet sich nun auch der Stoß der christlich-organisierten Metallarbeiter. In Essen hatte der Vorstand des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes eine öffentliche Versammlung für die Arbeiter der Kruppischen Fabrik einberufen zwecks Verichterstattung über den Ausgang eines gegen die Kruppische Pensionskasse geführten, für die Arbeiter unangenehm verlaufenen Prozesses. Es hatten sich etwa 200 Arbeiter eingefunden. Gewerkschaftssekretär Girtjes verbriefte sich in längerer Rede über die Prozedurmaterie. Lächerlich seien die Vorwände der Kruppischen Firma, daß die Kasse die Beiträge nicht zurückzahlen könne. Die Heilige Eisenbahngesellschaft und einzelne andere Firmen zahlen ihren Arbeitern 70 Prozent der Beiträge von dem Dienstantritt an zurück, und dann 2 Prozent jährlich, bis sie nach 15 Jahren das ganze zurückbekommen. Die Pensionskasse der Firma Krupp sei das stärkste Hindernis der Arbeiter bei Bekräftigung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Die Organisation werde den Volksvertretern im Parlament Material zur Information überbringen, damit diese im Reichstag die Angelegenheit vorbrächten und auf gesetzlichem Wege Abhilfe geschaffen werde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung hofft, daß nunmehr die Firma Krupp sich dazu entschließt, eine Änderung des Pensionskassenstatuts in einer für die beteiligten Arbeiter annehmbareren Form vorzunehmen. Sollte dies nicht der Fall sein, so sprechen die Versammelten die Erwartung aus, daß auf gesetzlichem Wege den bisherigen, rechtlich unhaltbaren Zuständen baldigst ein Ende bereitet wird. Gegenüber der Unterstellung seitens des Vertreters der besagten Firma, als ob das Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Pensionskasse von politischen und agitatorischen Gründen geleitet sei, erhebt die Versammlung entschiedenen Protest und erkennt nach wie vor an, daß eine wirksame Bekämpfung der Arbeiterinteressen nur durch die gewerkschaftliche Organisation möglich ist.

### Aus den Bergschiedsgerichte.

**Delstih. Bergschiedsgerichtssitzung vom 12. Februar.**  
 Vorsitzender: Dr. Weigelt, Freiberg; Beisitzer: Hauer Deimler, Hohndorf, Werkschloß Eißhöhl, Delstih, Direktor Groß, Delstih, Obersteiger Kopisch, Delstih. Zur Verhandlung standen: 1. Die Berufung des vormaligen Bergarbeiters Wiest aus Delstih gegen die Allgemeine Knappschaftspensionskasse, auf Erhaltung der Invalidenrente für dauernde Invalidität vom ersten Erkrankungsstage (den 1. März 1907) ab, (§ 20, Absatz 2, Satz 1 des Krankenstatuts in Verbindung mit § 15 des Invalidenversicherungs-gesetzes). — Wiest hatte nur, nach dem Zeugnis des Dr. Franke in Delstih, die sogenannte Krankrente, welche nach § 20, Absatz 2, Satz 2 genannten Statuts, in Verbindung mit § 16 des Invalidenversicherungs-gesetzes, vom Beginn der 27. Krankwoche gewährt wird und zwar vorläufig auf ein Jahr, zugesprochen erhalten. Nach Ablauf dieser Frist hatte die Kasse eine erneute Untersuchung durch den Chemnitzer Arzt Dr. Gebke vornehmen lassen, welcher in seinem Gutachten dahin kommt, daß W. nicht mehr erwerbsfähig im Sinne des obengenannten § 20, Absatz 2, Satz 2, sei, worauf ihn nur noch ab 1. Januar 1908 die sogenannte Berufsunfähigkeitsrente ohne Reichs-laufgeld (§ 19, Absatz 1, in Verbindung mit § 20, Absatz 4 des Krankenstatuts) gewährt wurde. Der Kläger hatte nun nach § 87, Absatz 4 des Krankenstatuts, das Recht gehabt, sich selber einen ihm vertrauten Arzt zu wählen, er ist auch vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts schon zeitlich genug vor dem Verhandlungstermin darauf hingewiesen worden, hat dies jedoch unterlassen. Es wäre in diesem Falle nicht ausgeschlossen gewesen, daß bei dem zirka 57-jährigen Manne ein anderes Resultat herausgekommen wäre, so aber wurde er mit seinem Anspruch abgewiesen. 2. Der Wäslauer Brumst in Delstih klagt gegen die Knappschaftsberufsgenossenschaft, Sektion VII, in Zwickau. Er hat am 31. Juli 1907 auf Schacht Hedwig eine Quetschung des linken Mittelfingers erlitten, wofür ihm anfänglich eine zehnprozentige Rente gewährt wurde. Nach einem am 30. Oktober 1907 eingeholten Gutachten des Kreis-krankenärztes Zwickau sollen keine erwerbsföhrnden Folgen mehr vorhanden sein, worauf die Berufsgenossenschaft die Rente ab 1. Dezember 1907 eingestellt hatte, wogegen sich die Berufung richtete. G. verlangt die Weiterzahlung der Rente. Nach Feststellungen des Vorstehenden hat G. seinen früheren Lohn wieder verdient, auch seine regelmäßigen Schichten verrichtet, auch sei „Gewöhnung“ eingetreten, sodas Kläger mit seinem Anspruch abgewiesen wurde. 3. Einen annehmbaren Erfolg hatte die Berufung des Bergarbeiters Wehner in Delstih gegen obige Berufsgenossenschaft. Wehner hatte am 31. Dezember 1908 auf Schacht Hedwig eine Daumenverstauchung rechts erlitten, wofür er anfänglich eine 25-prozentige Rente erhielt. Die Berufsgenossenschaft hatte nach eingeholten Gutachten der Dr. Braun und Volkmann (Kreis-krankenärztl. Zwickau) die Rente ab 1. Dezember 1907 eingestellt, wogegen sich die Berufung richtete. M. verlangt noch eine, seinem Unfall entsprechende Rente, weil er Lohnrückgang gehabt habe und Arbeitstage verfallen mußte. Nach Lage der Sache wurde die Berufsgenossenschaft zur Weiterzahlung einer 15-prozentigen Rente verurteilt, trotz Gutachten des Kreis-krankenärztes Zwickau, nach welchem erwerbsföhrnde Folgen nicht mehr vorhanden sein sollten. 4. Der Häuer Lorenz, zur Zeit bei einem Chemnitzer Kaufmann als Marktgefäß beschäftigt, hatte am 11. Dezember 1906 auf Schacht Hedwig eine Ursenkung des linken Fußes erlitten, wofür er seither eine Rente von zehn Prozent erhielt. Durch eine Untersuchung in der Heilanstalt Aue am 19. November 1907, sollte auf Antrag der Berufsgenossenschaft, Sektion VII, die Rente ab 1. Januar 1908 eingestellt werden. Kläger verlangt die Rente weiter, weil er nur mit Mühe höchstens 18 Mk. wöchentlich verdienen könne, und als Bergarbeiter bedeutend mehr verdienen würde, wenn er die Bergarbeit wieder aufnehmen könnte. Urteil: Einstellung der Rente ab 1. März 1908. 5. Der Häuer Schmalz bei Lugau klagt gegen die Knappschaftsberufsgenossenschaft „Kaisergrube“ in Werdorf auf Auszahlung von Krankengeld für die Zeit vom 22. November bis 30. Dezember 1907. In dieser Sache war bereits am 20. Dezember 1907 Verhandlung. S. war nach § 80 a, Z. 5 des Berggesetzes vom Werte am 25. November 1907 entlassen worden, weil er ohne Urlaub oder triftige Entschuldigung länger als einen Tag von der Arbeit weggeblieben. Er gab an, zu Unrecht entlassen zu sein, wurde aber mit seiner Klage damals abgewiesen. Am 25. November verlangte er den Krankengeld, da er krank sei, erhielt aber nur den Kurchein. Auf Beschluß des Kassenpräsidenten sollte er am 2. Dezember 1907 in ein Krankenhaus zur Beobachtung gehen, weil diesen das Kranksein nicht glaubwürdig erschien, welches er aber als verheirateter Mann verweigerte. Vor Gericht wurde ihm jedoch klargemacht, daß auch Verheiratete unter diesen Umständen nach den Bestimmungen des Krankenversicherungs-gesetzes und Krankenstatuts ins Krankenhaus zu gehen haben. Da nach dem Zeugnis des Dr. Veyer in Lugau, bei welchem S. ohne Krankengeld vom 25. bis 30. November 1907 war, sich eine krankhafte Stelle im Rücken S. befand, so wurde ihm das Krankengeld für diese Zeit im Betrage von 2,38 Mk. täglich, unter Abzug von 7 Mk. als erhaltenen Vorzuschuß, zugesprochen, im übrigen abgewiesen. Die Kosten wurden zu 1/3 dem S., zu 1/3 der Krankenkasse aufgelegt. (§§ 91 und 92 der Zivilprozedurordnung.)

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Die sächsischen Grubenbesitzer.

können auch mit dem verfloßenen Jahr zufrieden sein, wofür folgende Berichte zeugen:

**Die Steinkohlengewerkschaft Deutschland zu Delstih**, deren Vereinigung mit der A.-G. Steinkohlenwerk Vereinigung zu Delstih im Erzgebirge im Jahre 1907 durchgeführt wurde, förderte zusammen mit der neuangegliederten Gesellschaft laut Bericht im Jahre 1907 419,888 T. (i. V. Deutschland allein 240,082 T.) Kohle und verkaufte 379,526 T. für 5,628,250 Mk. (i. V. Deutschland 2,19,584 T. für 3,052,713 Mk.). Aus dem Reingewinn von 1,299,369 Mk. (714,144) gelangt eine Ausbeute von 1,150,000 Mk. gleich 290 Mk. pro Akt. auf die nach der Fiktion 5000 kurze betragende Augengefamtzeit (i. V. 578,200 Mk. auf 4180 kurze) zur Verteilung.

**Steinkohlenbauverein Hohndorf.** Die Kohlenförderung war gegen das Vorjahr um 12,4 Proz. niedriger; sie betrug 128,666 T. (189,928 T.). Verkauf wurden 1,05,331 T. (116,180 T.), wofür 1,579,125 Mk. (1,578,809 Mk.) Erlöst wurden. Nach 100,477 (98,632) Mk. Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 219,860 (229,025) Mk., wovon 83 (80) Mk. Dividende auf die Vorrücktsaktie gleich 105,600 (96,000) Mk., 18 (15) Mk. Dividende auf die Stammaktie gleich 62,000 (51,825) Mk., sowie 18,223 (15,659) Mk. Gewinnaufschlag verteilt, 35,000 (95,000) Mk. dem Verfügungsbestand überwiefen und 647 (541) Mk. vorgetragen werden.

**Der Braunkohlenbauverein Zum Gottschritt bei Meuselbach** kann auf die Stammaktien 18 Proz., auf die Prioritätsaktien 17 Proz. Dividende verteilen.

**Gersdorfer Steinkohlenbauverein, Gersdorf (Bez. Chemnitz).** In der am 10. Februar abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung von Aufsichtsrat und Vorstand ist beschloffen worden, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende auf das Geschäftsjahre 1907 von 75 Mk. gleich 25 (18) Proz. auf die Prioritätsaktien Serie I, 70,50 Mk. gleich 28 1/2 (16 1/2) Proz. auf die Prioritätsaktien Serie II, 40,50 Mk. gleich 13 1/2 (8 1/2) Proz. auf die Stammaktien vorzuschlagen.

#### Was ein Zehnblatt über die Ueberschüsse der Ruhr zehen schreibt.

Ohne weitere Erläuterung, der Artikel spricht für sich selbst, wollen wir den Kameraden mitteilen, was die „Deutsche Bergwerkgzeitung“ über die Einkommensverhältnisse der Ruhrzechenherren sagt. Unter dem zu fassen Titel: „Das goldene Jahr der Ruhrzechen“ schreibt die „Bergwerkgzeitung“:

„Das vergangene Jahr 1907 war in seinen Erträgen für die Ruhrzechen das allerbeste. Bereits das vorherige Jahr 1906 hatte eine starke Steigerung der Ausbeute geföhrt und diese hohe Ausbeute konnte nicht nur im Jahre 1907 beibehalten, sondern sogar noch teilweise erhöht werden. In allgemeinen brachte das I. Quartal 1907 den Ruhrzechen infolge Minderleistungen der Bergleute (z. B. Neb. d. B.-Ztg.), Reparaturen und Neuanlagen ein gegen das vorherige Quartal niedriges Ertragnis, aber mit dem I. Quartal trat die erhöhte Kohlenpreise in Kraft und so weist vom zweiten Quartal ab der Ueberschuß der Zechen eine ungewöhnlich hohe Steigerung auf, die erst im letzten Quartal infolge Verkaufsstillstands durch Wagenmangel und Förderverzögerung durch Minderleistung der Arbeiter etwas abnahm. Nicht gütigig haben unsere sogenannten „reinen“ Kohlenzechen abgeschlossen, von denen die Garpener Bergbaugesellschaft in der ersten Hälfte ihres laufenden Geschäftsjahres (im III. und IV. Quartal 1907) einen Ueberschuß von 11,182,000 Mk. gegen 9,251,000 Mk. ab-

1851 000 Mt. mehr als in der entsprechenden Hälfte des Vorjahres... Der Unterfeld der Leberhöfche zwischen dem I. und II. Quartal 1907 nach der Kohlenpreisbildung...

Preisrückgang auf dem belgischen Kohlenmarkt. Die Belgie bedeutender Vertriebsbeschränkungen in der belgischen Eisenindustrie haben durch den erheblichen Wegzugsanfall in industriellen Kohlenarten...

Zur Reform der Berginspektion.

Offene Anfrage an Herrn Bergrat Balz Bergrevier Süd-Essen.

In Nr. 8 unserer Ztg. vom 18. Januar d. J. richteten wir an Herrn Bergrat Balz eine offene Anfrage, die wir, da wir bisher keine Antwort darauf erhielten, nachstehend wiederholen: Am 6. Februar vorigen Jahres verunglückte auf der zum Bergrevier Süd-Essen gehörenden Beche Sextules im Revier des Steigers Walte der Waghener Wadovka dadurch, daß er zwischen einen vollen Wagen...

Wir richten darum an den zuständigen und verantwortlichen Beamten der Bergbehörde, Bergrat Balz, die öffentliche Anfrage: Ist der Schuldige an dem Unfall zur Rechenschaft gezogen worden? Sollte das nicht der Fall sein, so fragen wir, warum es nicht geschehen ist?

Die Grubenverwaltungen werden vorher telegraphisch oder telephonisch von der Ankunft der Bergbehörde benachrichtigt.

Schon häufig haben wir nachweisen können, daß die Grubenverwaltungen vorher von der Ankunft der Bergbehörde benachrichtigt werden und die ganze Kontrolle darum gar keinen Zweck hat. Die Grubenverwaltungen gewinnen Zeit, vor Ankunft der Bergbehörde ihre Vorkehrungen zu treffen und daher kommt es auch, daß diese nur selten etwas findet.

In einer am Sonntag in Eisenberg stattgefundenen öffentlichen Versammlung brachte der Referent in seinem Referat zum Ausdruck, daß es den Anschein habe, als ob die Grubenbesitzer resp. ihre Vertreter zwei bis drei Tage vorher von dem Eintreffen des Grubeninspektors unterrichtet würden.

Was der Herr Obersteiger Kösch in seiner Einsicht hier mittelst, entspricht durchaus auch unseren bis jetzt gemachten Erfahrungen. Wir haben sogar feststellen können, daß die Beche Helene bei Essen im Juni 1905 vom Bergamt Essen aus telephonisch von der Ankunft der Bergbehörde am anderen Tage in Kenntnis gesetzt wurde.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Ein christlicher Gewerksvereiner über das Terrorismusdilemma.

In der Nr. 82 der „Saarpfost“ (Zentrumsblatt) wendet sich ein „Eingefandter“ aus christlichen Gewerksvereinen gegen eine Schrift, in der ein freiwilliger oder befohlener Agent der Vurbacher Spitze das übliche Bament über den „Terrorismus der Gewerkschaften“ anstimmt.

Die sozialpolitische Weisheit dieses Schriftstellers gründet sich offenbar nur auf Erfahrungen, die ihm am grünen Tische im behaglich erwärmten Bureau zugeflossen sind. Hätte er seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung in persönlicher Fühlung mit der Arbeiterschaft gewonnen, dann müßte er das Sprichwort eingedient sein: „Wer in einem Glashaufe sitzt, der darf nicht mit Steinen werfen!“

Haben einzelne Gewerkschaftler in ihrem Eifer Arbeitsgenossen etwas handgreiflich für ihre Organisation zu erwärmen versucht, wie der „Verfasser“ es darstellt, nun so will ich ein derartiges Verfahren zwar keineswegs billigen, aber ich kann es verzeihen. Ein Arbeiter besitzt eben nicht die Erziehung und diplomatische Schulung eines „Doktors“.

Daß ein Gewerkschaftsführer öffentlich betont hat, es müsse eine schärfere Kontrolle, ein strammeres Regiment eingeführt werden, nun, auch das finde ich von dem Führer einer von ihrem Gegner zur Kriegsbereitschaft gezwungenen Partei sehr verständlich und er folgt darin lediglich dem Beispiel einer sehr hohen Person, welche seiner Zeit von dem „geschärften Schwert und dem trocknen Pulver“ gesprochen hat.

Wenn Geistliche zu der Erkenntnis gelangt sind, daß es ihre Pflicht ist, die Menschen nicht nur auf das Jenseits vorzubereiten, sondern diesen auch in ihren gegenwärtigen irdischen Nöten nach bestem Vermögen beizustehen, statt einzelnen durch Gebet oder andere Zufälligkeiten zu großer Macht gelangten Personen, als „Himmelspolizisten“ zu dienen, so kann ich das nur loben.

Wir möchten es keinem unserer Gewerkschaftsblätter raten, die kapitalistenfeindlichen Geistlichen die „Himmelspolizisten“ der Mächtigen zu nennen. Das käme dann unfehlbar als eine „unerhörte Verhöhnung der Religion“ in den M.-Gladbacher Zitatenasten und Kinder und Kindeskinder müßten sich daran noch entsetzen.

Was der christliche Gewerksvereiner über die wahre Bedeutung der sogenannten „Terrorismussfälle“ sagt, mögen sich die Drahtzieher und Terrorismusschmücker in der M.-Gladbacher Zentrale hinter die Ohren schreiben. Wir werden es uns auch merken, um es gelegentlich den professionellen Terrorismusschmücker um die Ohren zu schlagen.

Der Vorstand und der Ausschuss des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands haben zur Deckung der Kosten der bevorstehenden Generalversammlung beschlossen, einen Extrabeitrag von 1 Mt. zu erheben, der in den Monaten Februar und April von den Mitgliedern der Beitragsklassen II und III in Raten von 50 Pf. zu entrichten ist.

Die Tarifkündigungskampagne der Scharfmacher im Baugewerbe scheint doch nicht den beabsichtigten Erfolg zu versprechen, denn, wie neuerdings gemeldet wird, hat der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe beschlossen, die Tarife im ganzen Reich am 1. April 1910 ablaufen zu lassen.

Der Zentralverband der seemannischen Arbeiter Deutschlands konnte am 1. Februar auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde eine Festsnummer des Verbandesorgans herausgegeben.

Internationale Mundschau.

Die Arbeiterfrage in der dritten russischen Duma (der sogenannten Volksvertretung). Als die Regierung unter dem Einfluß der revolutionären Erhebung der Arbeiterschaft die erste Duma einberief, leitete sie ihr Hauptaugenmerk darauf, den Arbeitern die weitgehendsten Reformen zu versprechen.

der Staatsstreich und Waffensammlungen hat an Stelle eines freilich gestimmten Parlamentes eine Junkerduma hervorgebracht, und zwei Jahre der wildesten Reaktion haben der Regierung den Glauben beigebracht, daß durchgreifende Reformen ein überflüssiger Luxus für sie seien. Das zeigt sich besonders deutlich auf dem Gebiete der Arbeiterergesung.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Das Organ der Montanindustriellen Südrusslands, „Gornozawodskij Listok“, veröffentlichte vor kurzem Angaben über die Zahl der Unfälle in den Berg- und Hüttenwerken Südrusslands während des Trienniums 1904-1906, die ein erschütterndes Bild von den dort herrschenden Zuständen aufrollen.

Table with 5 columns: Jahr, Zahl der Arbeiter, Zahl der Unfälle, Unfälle auf je 1000 Arb., wib. Ansgänge. Data for years 1904, 1905, 1906.

Besonders fürchterliche Verheerungen richtete die Arbeit auf den Hochöfen unter den Arbeitern an. Die Zahl der Unfälle stieg von 80 246 im Jahre 1904 bis 81 176 im Jahre 1905 und 81 184 im Jahre 1906. Auf je 1000 Arbeiter, die auf den Hochöfen beschäftigt waren, entfielen also 1904 - 408, 1905 - 402 und 1906 - 401 Unfälle.

Knappschäftliches.

Siebenerkommission und Handelsminister.

Die Siebenerkommission hatte an den Minister für Handel und Gewerbe eine Eingabe gerichtet, daß sie bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, um so nachträglich den Frieden innerhalb des Bochumer Knappschäftvereins herzustellen.

Am Herrn Gewerkschaftsführer Johann Effert Eisen a. d. Ruhr.

Ich habe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar d. J. erklärt, daß ich, wenn ich von den Beteiligten darum angegangen würde, selbstverständlich bereit sei, in Verhandlungen einzutreten.

Ich stelle anheim, den Herren Mitunterzeichneten Ihrer Eingabe von vorstehendem Mitteilung zu machen.

In dem vom Minister Delbrück angezogenen Artikel Efferts sucht dieser nachzuweisen, daß auch ohne weitere Beitragserhöhung sich eine Reform im Sinne der Knappschäftältesten durchführen lasse. Inzwischen wird das von der „Rheinischen Zeitung“ bestritten. Das Organ klopft dann hieran die Bemerkung, daß behauptet wird, die Siebenerkommission habe während des Verlaufes der letzten Hauptversammlung (Generalversammlung des Knappschäftvereins) bereits den Beschluß gefaßt, im Falle des Scheiterns der letzten erwägigen Forderung der Ältesten (Antrag Schulte-Nobis) diesen zu raten, dann den Vermittlungsvorschlag der Regierung und der Werksbesitzer anzunehmen.

Wahlkreiswahl in Wesse!

Ein sehr erfreuliches Ergebnis nahm die am vergangenen Samstag in Wesse stattgehabene Wahl. Im November v. J. wurde der neugebildete Sprengel für den Verband erbeten. Der gewählte Vertreter sollte nun die Prüfung nicht bestanden haben, darinnen wurde sein Mandat nicht anerkannt. Die jetzt vollzogene Nachwahl zeitigte folgendes Ergebnis:

Table with 5 columns: Verband, Gemeindefraktion, Stimmen, Woten, Sitz- und Dunder. Rows for 28. November 1907 and 22. Februar 1908.

Es ist selbstverständlich, daß wir angesichts eines solchen Resultats unseren Kameraden in Wesse für die geleistete Arbeit unsere volle Anerkennung aussprechen. So nur weiter, bis es im schwarzen Pulverlande überall Licht wird.

Vorstandsaktion des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum vom 18. Februar. Von Seiten der Arbeitervertreter wurde die Fassung der Niederschrift - Protokoll - über die Vorstandssitzung im Januar auf die Richtigkeit in verschiedenen Punkten angezweifelt. ... (Detailed report on the meeting and resolutions regarding the association's statutes and financial matters.)

Mißstände auf den Gruben.

Zur Berichtigungspraxis der Grubenverwaltungen. In Essen befindet sich eine „Berichtigungszentrale“, von wo aus alle Fäden dirigiert werden, zu dem Zweck, uns mit sog. Berichtigungen zu erdrücken und dadurch jede Kritik unmöglich zu machen. ... (Critique of the central office's practices.)

Zur Aufklärung unserer Leser wollen wir bemerken, daß wir laut Preßgesetz gezwungen sind, auch Berichtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, soweit sie sich auf den Sachverhalt beziehen, anzunehmen. ... (Clarification regarding press laws and corrections.)

Wir befinden uns also diesem Berichtigungswunsch gegenüber in der Notwehr und sind gezwungen, vom Rechte der Notwehr, so sehr wir es bebauern, Gebrauch zu machen. ... (Statement of necessity for corrections.)

Wir befinden uns also diesem Berichtigungswunsch gegenüber in der Notwehr und sind gezwungen, vom Rechte der Notwehr, so sehr wir es bebauern, Gebrauch zu machen. ... (Continuation of the statement.)

Ruhrrevier.

Zeche Bergmannsglück, Schacht I und II. Die Ordnung und Pünktlichkeit bei der Seilfahrt lassen hier zu wünschen übrig. Morgens bei der Einfahrt hält es ja sehr genau, anders jedoch bei der Ausfahrt. ... (Report on safety and punctuality at Bergmannsglück.)

Zeche Karolus Magnus. Wie mit den Arbeitern auf dieser Zeche umgesprungen wird, zeigen folgende Vorfälle. Kürzlich erlitt der Bauer L. im ersten Revier einen schweren Verbruch und sollte auf Wunsch des Verletzten eine Tragbahn zu seinem Transport herbeigeschafft werden. ... (Report on an accident and transport issues at Zeche Karolus Magnus.)

sichtigung zur Sprache gebracht wurde, meinte der Betriebsführer, daran ließe sich nichts ändern. Wir sind da entschieden anderer Meinung und müßten die Bergbehörde ersuchen, einmal nach dem Rechten zu sehen, aber bevor es zu spät ist.

Zeche Mühlgraben, Schacht I und II. Auf der nördlichen Seite des Hahnhofes Linna-Röhren, befindet sich das Kristallgeschloß der genannten Zeche. Die Wartehalle befindet sich in einem sehr unangenehmen, trübselig zu nennenden Zustande. ... (Report on the state of the waiting hall at Mühlgraben.)

Zeche Despel. Die letzte Mittelbesprechung unserer Zeche wurde am 15. Februar abgehalten. Nach dem Vortrage entpaukte sich eine recht regere Debatte über die Verhältnisse auf Zeche Despel. ... (Report on the meeting at Zeche Despel.)

Zeche Prosper, Schacht VI. Die Wagen werden hier sehr schlecht geordnet, so daß die Schleppler sie kaum von der Stelle bringen können. ... (Report on wagon organization at Zeche Prosper.)

Zeche Neulinghausen II. Die Röhren stehen hier im allgemeinen sehr niedrig und nicht selten werden solche von 4,30 Mt. und noch weniger an Dauer gegahlt. ... (Report on pipe quality at Neulinghausen II.)

Zeche Unser Fried, Schacht IV. Lebhaftige Klage wird hier über die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten geführt. ... (Report on worker treatment at Zeche Unser Fried.)

Essen. Nachstehende Berichtigung der in Nr. 5 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 1. Februar, Seite 5, über unsere Zeche Mathias Stinnes, Schachanlage I/II, veröffentlichten Notiz ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen. ... (Correction notice regarding Zeche Mathias Stinnes.)

Wattensteid. Von Zeche Centrum erhalten wir auf Grund des Preßgesetzes folgende Berichtigung: „Es ist unrichtig, daß auf Zeche Centrum, Schacht IV/VI die Arbeiter Holz und Schienen vom Schachte holen müssen. ... (Correction regarding wood and rail transport at Wattensteid.)

Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

Oberbergamtsbezirk Bonn. Zeche Nordstern. Dem Verhalten der Zechenverwaltung nach zu urteilen, sollte man annehmen, es sei derselben nicht darum zu tun die Mißstände zu beseitigen. ... (Report on management behavior at Zeche Nordstern.)

sich hier in letzter Zeit eingebürgert. Für ein und dieselbe Arbeit zahlt man einem Teil der Kameradschaft pro Schicht 5,42 Mt., aus, während der andere Teil nur 4,50 Mt. erhält. ... (Report on wage disparities.)

Beseitigte Witten. Das Sprichwort, neue Felsen lehren gut, scheint auch beim früheren Steiger Leichten Obersteiger Schmidt zutreffen. ... (Report on a former foreman's actions.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. Am 5. Februar ging das Fuchszug des H. Verges zu Bruch. ... (Report on a dog bite incident.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Grube Allgäuer-Votiva. Es scheint, daß hier ein Hund Kosten mehr wert hat, wie ein Menschenleben. ... (Continuation of the dog bite report.)

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Grube Abendröthe bei Rothenbach. Ihre wichtigste Aufgabe erblinden die Beamten dieser Grube anstehend darin, Angst auf den Verbandsmitgliedern zu machen. ... (Report on a mine near Rothenbach.)

Grube Abendröthe bei Rothenbach. Ihre wichtigste Aufgabe erblinden die Beamten dieser Grube anstehend darin, Angst auf den Verbandsmitgliedern zu machen. ... (Continuation of the report.)

Grube Abendröthe bei Rothenbach. Ihre wichtigste Aufgabe erblinden die Beamten dieser Grube anstehend darin, Angst auf den Verbandsmitgliedern zu machen. ... (Continuation of the report.)

**Hohensohgrube (Kreuzschacht).** Sehr lebhaft Klagen hört man hier über den Schachtaufseher Graber. Dieser Herr, der früher in Russland tätig war, glaubt anscheinend die russischen Zustände auch nach Deutschland übertragen zu dürfen. Er glaubt die Oberaufsicht führen zu dürfen, sogar über Betriebsfälle, die ihn nichts angehen. Besonders dann ist es nicht auszuhalten, wenn der Herr merkt, daß keine höheren Beamten in der Grube sind, sonst läßt nämlich sein Eifer sehr nach. Der Herr hat nur einen Arm, wäre also zu bedauern, aber er prahlt damit allen Arbeitern gegenüber, daß er mit einem Arm viel mehr leisten würde, als jeder Arbeiter mit zwei Händen. Wenn das so ist, dann wäre es doch besser, wenn er arbeiten würde. Klug reden, wenn man selbst nichts tut, ist sehr leicht. Durch die fortgesetzten Schläge dieses Herrn sind schon manche Arbeiter abgegangen, da der Herr immer klüger sein will, wie alle anderen Beamten, die wirklich von der Arbeit etwas verstehen. Wenn A. B. jemand ein Stückchen unbrauchbares morsches Holz mit nach Hause nimmt, wie das hier und auf anderen Gruben allgemein üblich — so verlobet es dieser Herr, selbst wenn ein höherer Beamter gegen das morsche Holz nichts einzuwenden hätte. Brauchbares Holz darf so wie so nicht mitgenommen werden. Aber dieser Herr hat sich auf die Fuhre Holz laden lassen, als der Fuhrmann seine Deputatohle holte. Das Holz war in der Separation verrotten. Warum macht man denn das, wenn wir Arbeiter nicht einmal ein Stückchen vollständig unbrauchbares Holz nehmen dürfen? Im Sandboerfahschacht bekräftigt sich der Herr, daß er die Sandfuhre mit einer Hand klein kriegt, während die Arbeiter das nicht so gut mit zwei Händen schaffen können. Es ist doch klar, daß man zwei, drei Schläge leichter ausführen kann, als wenn man den ganzen Tag den schweren Hammer schwingen muß. Es wäre besser, daß der Herr mehr Verständnis für die Arbeiter zeigen würde, denn der Krug geht so lange zum Brummen, bis er bricht.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Wohnum.** In unserer Nr. 7 hatten wir in einer Notiz die Verhältnisse im hiesigen Knappschaftskrankenhaus kritisiert. Die „Westf. Volkszeitung“ (Zentrumsorgan) gibt in ihrer Nr. 42 diese Notiz wieder und schließt daran folgende Bemerkung: „Was sagen hierzu jene Leute, welche eifrig für eigene Knappschaftskrankenhäuser werben? Dementsprechend meinte man, die konfessionellen Krankenhäuser würden zu teuer werden — hat sich nicht jetzt das Gegenteil herausgestellt? Hier können die Vergleiche wieder sehen, was die Kosten des „Alten Verbandes“ im Vorhanden durch Bestreuerung der eigenen Krankenhäuser angereicht haben — dies alles natürlich unter Voraussetzung der Wahrheit der Mitteilung in der „Bergarbeiterzeitung“.“

Die Partei der verlogenen Salunkeln nannte Dismarck einmal die Zentrumsparthei. Dieser aber noch wurden die Zentrumsagitatoren von ihrem eigenen Parteifreund, dem früheren bayerischen Zentrumsabgeordneten Dr. Sigl, gekennzeichnet: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“, so lautet der Ausspruch von Dr. Sigl und muß seine Parteifreunde vom Zentrum doch wohl getaunt haben. Von einer besseren Seite haben wir sie aber auch nicht kennen gelernt. Dagegen mal haben wir den Schwindel, wonach die Verbandskassen die Schuld an dem Zustandekommen der Knappschaftskrankenhäuser tragen sollen, richtig gestellt. Dagegen mal haben wir nachgewiesen, daß der betr. Beschluß, eigene Knappschaftskrankenhäuser zu bauen, auf Antrag des Knappschaftsvorstandes und zwar einstimmig gefaßt wurde, daß also auch die gewöhnlichen Verleumdungen dafür gestimmt haben. Nützt alles nichts, die Zentrumspresse lügt, verdrückt, schwindelt, verleumdet unter der Decke für Wahrheit, Freiheit, Recht, wie obige Notiz zeigt, weiter, die Verbandskassen seien allein Schuld, daß die Krankenhäuser gebaut wurden. Man weiß wirklich nicht was man zu einer derraat niederträchtigen Verlogenheit sagen soll. Die Zentrumspresse geht vor für eine gute Sache zu kämpfen und die „Westfälische Volkszeitung“ trägt sogar am Kopf die Devise, „Fortis in fido“ d. h. stark im Glauben. Ob einer wirklich gute Sache mit so schmählichen Mitteln verteidigt werden muß?

**Süntrop.** Augenblicklich gibt es für das Ruhrrevier kaum wichtiger zu erörtern, als die Gestaltung der Satzungen zum Allgemeinen Knappschaftsverein Dortmund. Für die Bergarbeiter von Süntrop ist es geradezu ein Schlag ins Gesicht, wie sie seitens des Saalbühlers Gahmann genarrt werden. Am 12. Januar war uns der Saal dieses Herrn zu einer öffentlichen Knappschaftsmittgliederversammlung unter Zuzugung gelaufen. Diese Versammlung fand nicht statt, weil der Wirt erklärte, der Kriegerverein wolle für Kaisergeburtstag eine Schlacht aufspielen. In Wirklichkeit hat aber nur eine Rollenverteilung stattgefunden. Dies ist uns ebenfalls unter Zuzug von dem Arrangeur erklärt worden. Wenn es also dem Herrn Gahmann darum zu tun war, uns den Saal zu überlassen, konnte diese Rollenverteilung in dem nebenan befindlichen Gesellschaftszimmer erfolgen. Der Wirt Gahmann aber, als „echter alter Deutscher“, noch dazu als frommer katholischer Christ, hat uns bewußt und absichtlich hinter den Rücken geführt. Diese Handlungsweise Arbeitern gegenüber, mag es sich um Feind oder Freund handeln, ist unehrenhaft. Seiner unehrenhaften Handlungsweise setzte der Wirt damit noch die Krone auf, daß er uns, ebenfalls unter Zuzug, erklärte, die betreffende Versammlung könnten wir am 19. Januar oder am 9. Februar abhalten. Es war ihm damit aber nur darum zu tun, uns noch länger hinzuhalten. Wir sind nun auch zu der Überzeugung gekommen, daß nicht der Wirt die Schilling und die Besammlung bereitet hat, sondern der Wirt Gahmann selbst. Gahmann und Büßing haben in dieser Angelegenheit folgende Erklärungen abgegeben: „Ich erkläre hiermit dem Herrn Büßing, daß derselbe an dem in Ihrer Zeitung Nr. 4, Seite 6, besprochenen Artikel absolut unbeteiligt ist und ihn also keine Schuld trifft. Hochachtung Heiner Gahmann.“ — „Ich schließe mich obiger Erklärung an und betone, daß nicht Büßing, sondern ich persönlich die Leitung des Theaters in Händen hatte.“ Süntrop, den 28. Januar 1908. Hugo Büßing, Vorsitzender des Krieger- und Landwehrvereins.“ Wir überlassen es der Arbeiterpartei selbst, sich ihr Urteil über diese beiden Arbeiter im Stechragen zu bilden. Wenn die Arbeiterpartei auf diese unverantwortliche Handlungsweise und Herausforderung die richtige, gebührende Antwort geben würde, müßten beide den Schwächereinen etwas enger ziehen. Im Anschluß hieran geben wir folgender Erklärung Raum: „Die in Nr. 4, Seite 6 dieser Zeitung gegen Herrn Friedrich Schilling hier selbst irrtümlich ausgesprochene Beleidigung nehme ich hierdurch mit dem Rücktritt des Bedauerns zurück.“ Süntrop, den 17. Februar 1908. Heinrich Hauerkamp.“

**Niederproschdew.** Den Mitgliedern hiesiger Zahlstelle zur Kenntnis, daß der bisherige Vize Aug. Grawe seinen Votenposten krankheitsbedingt niedergelegt hat und ist an dessen Stelle Kamerad Dürenburg als Vize gewählt worden. Derselbe ist berechtigt, gegen Entleeren von Marken Beiträge zu erheben. Sollte der eine oder andere durch diesen Votenwechsel mit dem Befehlen der Zeitungen übergegangen werden, so wird ersucht, sich sofort beim Voten oder Vertretungsmann zu melden.

### Oberbergamtsbezirk Bonn. Mit Beihilfe gestiftet.

Im Dezember 1906 fanden im Ruhrrevier auf mehreren Gruben Knappschaftskassenwahlen statt. Vor diesen Wahlen hatte der Lokalbeamte des Gewerkschafts Christlicher Bergleute an den Pfarrer von Mariadorf ein Schreiben gerichtet, — der Pfarrer sollte sich mit den Grubenbeamten in Verbindung setzen und veranlassen, daß die Beamten mit dem Gewerkschaftsverein gemeinsame Sache machten, um zu verhindern, daß auf Grube Maria Mitglieder des Bergarbeiterverbandes (in dem Schreiben heißt es Sozialdemokraten) als Knappschaftskassen gewählt würden. Der Pfarrer gab hierzu die damalige Zeit zu den wenigen Geistlichen des Ruhrreviers, die sich nicht vor den Gewerkschaften spannen ließen, und so würdigte er den Gewerkschaftsbeamten nicht einmal einer Antwort. Bei der Wahl wurden auf Maria, Hauptgrube, Mitglieder des Bergarbeiterverbandes als Knappschaftskassen gewählt. In der Zentrumspresse kam die Mut über den Ausgang der Wahl zum Ausdruck. Der Gewerkschaftsbeamte schrieb im „Nächster-Beilage“, gewisse Leute in Mariadorf, gemeint war der Pfarrer, wären Schuld daran, daß jetzt auf Maria die rote Fahne wehe. Auch die Grubenbeamten bekamen ihren Teil mit, daß sie Schuld trügen an dem Siege des Verbandes, weil sie dem Gewerkschaftsverein die Gruben des Bergarbeiterverbandes angeblich Schwierigkeiten bereiteten. Auf einer Konferenz der Zentrumsparthei für den Landkreis Aachen, anfangs 1907, wurde dem Pfarrer vom Bezirksleiter des Gewerkschafts die Schuld zugegeben, daß auf Grube Maria zwischen Gewerkschaft und Grubenbeamten keine Verständigung erzielt worden sei und infolgedessen die Wahl der Verbändler als Knappschaftskassen erfolgte. Die damals von den Zentrumsagitatoren unternommene Hege gegen alle diejenigen, die sich nicht vor den Karten des Gewerkschafts spannen

ließen, scheint gestrichelt zu haben. Am 8. Februar d. J. fand auf Grube Maria wieder Knappschaftskassenwahl statt. Die Gewerkschaft stellte diesmal keine Kandidaten auf; Weante und Rechensteche traten geschlossen für den Gewerkschaftskassen ein. Der Verband erhielt 222 Stimmen und der Gewerkschaftskassen 281 Stimmen. Der Verband hat demnach das bisher inne gehabte Mandat verloren. Dieses Resultat veranlaßte die Gewerkschaftsleitung, in der Zentrumspresse einen Triumphzug anzukündigen, der dahin auslief, daß der Gewerkschaftskassen jetzt in der glücklichen Lage sei, dem Bergarbeiterverband im nächsten Revier die Vorausmacht zu können. Wir sind der Meinung, daß der Gewerkschaftskassen wahrhaftig keine Ursache hat, über den Ausfall der Wahl — trotzdem er das Mandat eroberte — Triumphzüge anzukündigen. Der Bergarbeiterverband würde sich schämen, mit Hilfe der Gewerkschaftskassen dem Gewerkschaftskassen ein Mandat abzugeben. Die Wahl hat wiederum bewiesen, daß im Kampf gegen den Bergarbeiterverband Zentrum, Gewerkschaftskassen und Grubenpartei sich die Hände reichen. Schaden kann dies dem Bergarbeiterverband keineswegs; im Gegenteil, die Bergarbeiter des Ruhrreviers werden durch diese Praktiken des Gewerkschaftskassen schon zur Einsticht kommen. Wenn also in Zukunft im Ruhrrevier vom Zehngewerkschaften geredet wird, dann hat die Zeitung des Gewerkschaftskassen sich selbst zuzuschreiben. Wir erinnern nur an die Gemeinderatswahl in Holscheid, wo die Gewerkschaftskassen mit den Vertretern der liberalen Grubenpartei Wren in Aachen gingen und auf einer Liste gewählt wurden. Erwähnen wollen wir noch, daß bei der Wahl am 8. Februar im Wahllokal auf dem Wahlstische die Flugblätter des Gewerkschaftskassen hauseigentlich niedergelegt waren. Für den Fernstehenden sei noch mitgeteilt, daß das Wahllokal sich auf der Grube selbst befindet.

Welches Urteil würde wohl seitens des Gewerkschaftskassen, wenn seitens des Bergarbeiterverbandes solche Sachen gemacht würden. Die Klagen die dem Gewerkschaftskassen im Ruhrrevier seitens seiner im Dienste der Zentrumsparthei stehenden Agitatoren berichtet werden, sind wirklich nicht zu übersehen.

Wiederholt wurden dem Verbande, im „Echo der Gegenwart“, „Volkstreu“, „Mittagszeitung“, sogar in den kleinsten Wirtsbüchlein, Verbrechen gehalten. Wir haben den Mann, der sich die Zeit mit Waffeln dieser Lügenberichte vertrieb, in seiner Arbeit nicht gestört. Vergleichen wir die Einnahmen des Verbandes im Ruhrrevier in den letzten fünf Jahren, so sehen wir, daß derselbe von Jahr zu Jahr langsam fortschreitet und daß von einem Verschwinden keineswegs die Rede sein kann. Die Einnahmen betragen: 1903 1289,40 M., 1904 2840,05 M., 1905 5900 M., 1906 7870,00 M., 1907 8448,40 M. Das linksrheinische Braunkohlenrevier, welches bisher der Bezirksleitung für das Aachener Revier unterstellt war, hat im Jahre 1907 ebenfalls gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Einnahme stieg von 1080 M. 1906, auf 4314,00 M. 1907. Für beide Reviere wurde zusammen ausgezahlt:

Krankenkassenunterstützung	1227,— M.
Gewerkschaftsunterstützung	240,— "
Arbeitslosenunterstützung	6,— "
Streikunterstützung	10,— "
Verzinsliche Guthabungen	10,— "
Prozeßkosten und Strafen	125,88 "
Ortszuschüsse	1088,20 "

Das Sterbegeld wurde „von der Hauptkasse“ an die Hinterbliebenen ausbezahlt.

Der diese Zahlen nachliest und prüft, wird sich mit uns über die Dreistigkeit wundern, mit der die Zentrumsagitatoren im Gewerkschaftsverein die Zentrumsparthei vertritt, in seiner Arbeit nicht gestört. Vergleichen wir die Einnahmen des Verbandes im Ruhrrevier in den letzten fünf Jahren, so sehen wir, daß derselbe von Jahr zu Jahr langsam fortschreitet und daß von einem Verschwinden keineswegs die Rede sein kann. Die Einnahmen betragen: 1903 1289,40 M., 1904 2840,05 M., 1905 5900 M., 1906 7870,00 M., 1907 8448,40 M. Das linksrheinische Braunkohlenrevier, welches bisher der Bezirksleitung für das Aachener Revier unterstellt war, hat im Jahre 1907 ebenfalls gute Fortschritte zu verzeichnen. Die Einnahme stieg von 1080 M. 1906, auf 4314,00 M. 1907. Für beide Reviere wurde zusammen ausgezahlt:

### Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands im Saarrevier.

Daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands im Saarrevier sich nicht gewerkschaftlich unfähig verhält, muß nun auch im „Vergnappen“ zugestanden werden. Eine rege Agitation ist entfaltet worden, Potorny und andere sozialdemokratische Agitatoren haben fleißig gearbeitet. . . . sozialdemokratische Verbände sind auf dem Posten! Auch für euch (Gewerkschaftskassen) gilt es jetzt, entschuldener als bisher für eure Interessen einzutreten!“ So, das liest sich schon ganz anders, als wie wir es bisher gewohnt waren von den Gewerkschaftskassen aus dem Saarrevier zu hören. Ebenso wird aus der Westfälischen Zeitung, daß durch die Agitationsreisen von Leimpeters, Potorny und Getreich eine lebhaftige Erregung unter die Bergarbeiterpartei getragen worden ist, ein Eingeständnis, worüber wir gleichfalls dankend quittieren. Allerdings, so heißt es, bestand die Agitation zumeist nur in einer Hege gegen den Gewerkschaftskassen. Aus der Westfälischen Zeitung wird berichtet, daß sogar die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten, die Pension Brust's und andere alte Ladenhüter gegen den Gewerkschaftskassen gebraucht wurden. Hierzu haben wir zu bemerken, daß von alledem auf der ganzen Tour, die Kamerad Potorny unternahm, nicht ein einziges Wort über Gehälter, Brust usw. gefallen ist. Das werden alle Kameraden in Saarrevier, die unsere Versammlungen besuchten, bestätigen müssen. Freilich schritt P. — wie der „Vergnapper“ weiter meint — auch die Beitragsfrage an. Über gegen den Gewerkschaftskassen ist die Beitragsfrage nicht ausgeschachtet worden, sondern wir zeigten, was einer Gewerkschaft nützt, falls sie eine wirksame Kampforganisation den Arbeitern sein soll. Es muß schließlich auch zugegeben werden, selbst im „Vergnappen“, daß wir damit recht haben. Der Verband hat dabei nichts zu verlieren. Zahlen die Saarbergleute erst den wöchentlichen 40 Pfennigbeitrag, dann ist der Weg zum Bergarbeiterverband nicht so weit als wie jetzt. So wird aus der Westfälischen Zeitung berichtet, daß tatsächlich, infolge der Potorny'schen Hege eine Anzahl Kameraden gerade wegen unserer (Gewerkschaftskassen) niedrigen Beiträge zu den Sozialdemokraten übergetreten sind.“ Das ist ja recht schmeichelt für unsere Kameraden, daß er in so kurzer Zeit einer Anzahl Bergarbeiter höheren Opferinn beibrachte, sicher doch etwas, was uns der Gewerkschaftskassen nicht nachtragen sollte. Wie es mit der „Hege“ steht, dafür einige Beispiele. In Dittweiler (Pfalz) meldeten sich die bekannten führenden Gewerkschaftler am Orte zum Wort. Einer derselben erklärte: „Das sei wenigstens einmal eine Versammlung gewesen, in der jeder Bergmann etwas lernen konnte. Das sei etwas anderes als die Schimpfereien, wie wir sie bisher erlebten.“ Ein anderer alter christlicher Kamerad meinte: „Gegen den Vortrag föme kein Mensch etwas sagen. So etwas ist auch nicht zu widerlegen. Er danke dem Referenten für seine aufklärenden Ausführungen. In Wiedelskirchen hatte in der zweiten Versammlung Potorny das Thema „Freie und christliche Gewerkschaften“ gewählt. Anwesend war der christliche Sekretär Schneider vom Gewerkschaftskassen. Letzterer nahm auch das Wort. Unser Redner erklärte, daß er die christlichen Gewerkschaften nicht beschimpfen werde, er werde an der Hand der Geschichte, der Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung zeigen, welche Gewerkschaftsrichtung die wirksamste für die Arbeiter sei. Die uns trennenden Gesichtspunkte werde er nicht im Sinne M.-Glabacher Jünglinge behandeln. Das führte nicht zur Klärung. Als Potorny geredet, meinte Schneider, daß er mit den M.-Glabachern nichts zu tun habe, er sei anderwärts ausgebildet worden. Die Potorny heute den Sozialismus vorgegetragen und verteidigt habe, dagegen ließe sich nichts einwenden. Schneider, der nur wenige Minuten sprach, unternahm auch nichts, um Potorny zu widerlegen. So kam die Versammlung in ruhigster Weise zu Ende. Lieber dasfelbe Thema sprach Potorny auch in St. Jüggert vor vielen christlichen Gewerkschaftskassen, ebenso in Würzburg. Das Wort wurde nicht gewünscht, wohl aber gab in Würzburg ein leitender Gewerkschaftler an Ort die Erklärung ab, daß von einer Diskussion desfalls Mißstand genommen würde, weil gegen den Vortrag nichts einzuwenden sei. Das alles sieht doch nicht nach einer Hege gegen den Gewerkschaftskassen aus. Freilich hat unser Redner zum Beitritt in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands aufgefordert, was für ihn doch selbstverständlich und Pflicht war. Wenn diesem Rufe die Saarbergleute samt und sonderb folgten, dann hätten sie gewiß keinen Schaden davon. Wenn nun Getreich und Leimpeters den Gewerkschaftskassen im Saarrevier „beschimpft“ haben sollten, so haben sie das in der Abwehr getan. Das trifft besonders für Dittweiler zu, wo ein christlicher Gewerkschaftsagitator die Verbändler als Hebeher, Stürzer von Thron und Altar usw. hinstellte. Da freilich hat Getreich kräftig ausgehört. Man gebe dem Verbands sachlich zu Liebe und es wird diesen nicht einfallen aus dem Rahmen strengster Sachlichkeit zu treten. Aber auf einen Hieb gehört ein Gegenhieb, wenn ein anderer Ausweg nicht bleibt. Es wäre sehr gut gewesen, die Gewerkschaftskassen agitatoren im Saarrevier hätten an förmlichen Versammlungen, die Potorny abhielt, teilgenommen und mit ihm Diskussion gepflogen. Sie hätten lernen können, wie man ohne Schimpfen auch Erfolge erzielen kann. Vielleicht kommen die Gewerkschaftskassen später in unsere Versammlungen.

**Widdorf.** Von Mitgliedern unserer Verbände ist uns mitgeteilt worden, daß Mitglieder des Gewerkschaftskassen sie zu überreden gesucht

hätten, zum Gewerkschaftskassen überzutreten, mit der Motivation, der Knappschaftskassen Vorpost sei auch schon übergetreten. In anderen Fällen ist auch gesagt worden, Vorpost würde übergetreten. Wenn er dies tue, würde er auch in den Knappschaftskassen gewählt werden. Der Kamerad Vorpost hat uns beauftragt, an dieser Stelle zu erklären, daß die betreffenden Gewerkschaftskassen sich dies aus den Fingern geflogen haben, oder man hat ihnen einen Vorschlag aufgegeben. Es ist kaum zu erwarten, welcher Instanz den Mitgliedern des Gewerkschaftskassen aufgegeben wird. Auf der einen Seite wird ihnen in ihren Versammlungen gesagt, die Vertreter des Verbandes hätten ihre Ämter nicht vertreten können, während man andererseits damit zu rechtfertigen versucht, daß einer der Verbändler sich zum Gewerkschaftskassen übergetreten sei und einen Vorschlag erhalten. Für solche „Schmeichelein“ tut Kamerad V. sich höchlichst Gedanken.

**Mariadorf.** Ein Mitglied des Verbandes war durch Familienverhältnisse gezwungen, im Monate fünf Schichten zu feiern. Von diesen Ferkhichten holte der Kamerad durch Nacharbeiten einige ein. Im Gewerkschaftskassenlager entband gegen den Verband großer Spektakel. Monatelang hat diese Sache den Gewerkschaftskassen Stoff geliefert, um in Versammlungen und Presse gegen den Bergarbeiterverband loszugehen zu können. Trotzdem wir die Sache in unserer Zeitung richtig gestellt haben, so muß der Verbändler noch immer herhalten, weil derselbe sich gestattete, von den gefeierten Schichten einige herauszumachen. Zur Abwechslung — sonst wird die Geschichte doch zu alt — wollen wir die Agitatoren des Gewerkschaftskassen auf einige andere Personen aufmerksam machen. Vor der Wahl des Vorposten auf Maria waren es Mitglieder des Gewerkschaftskassen, die öffentlich erklärten — einen solchen Kandidaten, wie er seitens des Gewerkschaftskassen als Vertreter empfohlen wurde, würden sie nicht wählen. Der Gewerkschaftskassenkandidat verbiete eher den Namen Aush. . . (Rechensteche) als Knappschaftskassenkassen. Ein Mann, der monatlich bis 40 Schichten mache, verdiene nicht das Vertrauen der Arbeiter. Es ist auch nachzuweisen, daß Mitglieder des Gewerkschaftskassen aus diesem Grunde nicht gewählt haben. Taffir sind die Beamten und Rechensteche desto besser für die Wahl der Gewerkschaftskassenkassen eingetreten. Ferner machen wir die Gewerkschaftskassen agitatoren auf die Bede Wilhelmshacht aufmerksam. Dort befindet sich ein Knappschaftskassenkassen, der, als er zum Knappschaftskassen gewählt werden sollte, zuvor zu seinen Vorgesetzten ging und sich erkundigte, ob die Grubenverwaltung nichts dagegen einzuwenden habe. Trotzdem die Arbeiter von Wilhelmshacht wie Anna verangeneht Sommer gegen die Nacharbeit gekämpft haben und dieselbe auch allgemein abgeschafft wurde, so hält diese Knappschaftskassenkassen es dennoch für notwendig, jede Woche zweimal nacharbeiten. Ihm scheint es gleichgültig, ob die Arbeiter, die seiner Unterschrift auf dem Krankenscheine bedürfen, diese bekommen oder nicht. Von einem dritten Knappschaftskassenkassen auf Grube Nordberg schrieb Herr Harck seiner Zeit selbst: „Daß dieser Mann als Knappschaftskassenkassen für den Gewerkschaftskassen nicht mehr in Betracht komme“, trotzdem ist derselbe bei der letzten Wahl auf Nordberg vom Gewerkschaftskassenkassen aufgestellt und von Gewerkschaftskassenanhängern, Beamten und Rechenstechnen gewählt worden. Diese Personen empfehlen wir den Gewerkschaftskassenkassen zur gefälligen Beobachtung. Wenn sie sich dann mit jedem einzelnen so lange beschäftigen, wie mit dem Mitgliede des Verbandes, der ehrlie der verfallenen Schichten einholte, dann sind wir mehrere Monate, auch vielleicht ein Jahr älter. Bevor die Zeit abgelaufen ist, wollen wir den Verbändlern neues Material aus ihrem eigenen Lager mitteilen, damit sie es nicht notwendig haben, zu Sachen zu greifen, womit sie sich selbst blamieren.

**Mariadorf.** Zu der am 8. Februar stattgefundenen Knappschaftskassenwahl ist seitens des Gewerkschaftskassen ein Flugblatt verbreitet worden, in welchem behauptet wird, daß der Verband im Eisdweller Knappschaftskassenverein bei der Statutarberatung die Führung in Händen gehabt hätte und während seitens des Verbandes für die Zentrumsparthei 75 Prozent Krankengeld gefordert worden wären, hätte der Verband für die Eisdweller Knappschaftskassen, die doch bedeutend besser gestellt sei, nur 60 Proz. Krankengeld gefordert. Was die „Führung“ des Verbandes anbelangt, wollen wir feststellen, daß von den 9 Knappschaftskassenkassen einer dem Verbande angehört. Sowohl im Eisdweller Knappschaftskassenverein als auch in der Zentrumsparthei haben der entscheidenden Generalversammlung für die Verteilung der Vorarbeiten stattgefunden. Diese Vorarbeiten lag seitens der Knappschaftskassen vorläufige ein und derselbe Statutenentwurf vor. Seitens des Verbandes wurden für beide Knappschaftskassen ein und dieselben Abänderungsanträge gestellt. Unter diesen befand sich auch der Antrag auf 75 Prozent Krankengeld. In einer öffentlichen Mitgliederversammlung der Eisdweller Knappschaftskassen wurden die Abänderungsanträge des Verbandes einstimmig gut geheißen. Bei den Statutenberatungen wurden die Anträge des Verbandes von der Majorität der Vertreter — hierzu gehören die Vertreter des Gewerkschaftskassen — abgelehnt. Die Verbandsanträge kommen mithin für die Generalversammlung nicht mehr in Betracht. Die Verbandskassen sind in der Generalversammlung — da ihre Anträge nicht mehr zur Beratung kommen konnten — für die in den Statutenberatungen-Sitzungen angenommenen Anträge eingetreten. Demselben Schicksal wie in der Zentrumsparthei verfielen auch die Anträge des Verbandes in der Eisdweller Knappschaftskassen. Bei den Beratungen wurde von den Vertretern des Verbandes der Antrag auf 75 Prozent Krankengeld gestellt. Die Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß 60 Prozent Krankengeld gefordert werden sollte. Da die Majorität gegen die Forderung von 75 Prozent gestimmt hatte, so galt diese Forderung selbstverständlich als abgelehnt. Feststellen wollen wir ausdrücklich, daß die Vertreter des Verbandes in diesen Sitzungen in der Minderheit waren. Diese Tatsache ist dem Schreiber des Gewerkschaftskassenflugblattes bekannt, trotzdem waag er es, die Verleumdung in die Welt zu schleudern, der Verband habe für die Eisdweller Knappschaftskassen nur 60 Prozent gefordert. In demselben Flugblatt wird eine Resolution einer Konferenz beider Verbände in Widdorf wiedergegeben, durch welche bewiesen werden soll, daß den Vertretern des Gewerkschaftskassen auch von den Delegierten des Verbandes Vertrauen ausgesprochen worden sei, mithin die an dem Verhalten der Gewerkschaftskassen geübte Kritik seitens des Verbandes, dem Verhalten der Vertreter des Verbandes auf der gemeinsamen Konferenz nicht entspreche. Auf der betreffenden Konferenz in Widdorf handelte sich nicht um das Verhalten der Vertreter beider Verbände seit dem gemeinsamen Vorgehen in der Generalversammlung. Die Stützen, die die Vertreter des Gewerkschaftskassen dadurch begingen, daß sie vorher die Anträge des Verbandes niederstimmten, dabei größtenteils Anträge, die der Gewerkschaftskassen ebenfalls gestellt hatte, bleiben ihnen unvergessen.

### Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

**Reuschwitz S.-M.** Am 14. Februar kurz nach der Freilichttagung der Zugschicht verschied auf Grube Ernst der Kamerad Edwin Fiedler aus Kleinöls infolge Herzschlag, als er eben im Begriff war, den von ihm noch vollgeladenen Fund aus dem Bruch herauszuführen. Fiedler steht im 32. Lebensjahre. Im ihn trauert die Frau und noch sechs unjüngere Kinder. Ursache dieses traurigen Falles soll Überanstrengung sein. Die Zahlstelle Zschau verliert in ihm ein treues Mitglied. Ehe seinem Andenken.

### Süddeutschland und Reichslände.

**Müritzen.** Unter der Stichmarke Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Genossen auf Grube Burbach, bringt der „Vergnapper“ in seiner letzten Nummer eine Notiz — welche auch fast durch die gesamte bürgerliche Presse ging — wonach das Vorstandmitglied einer Zahlstelle unseres Verbandes und Mitglied der sozialdemokratischen Partei einem Mitglied des Gewerkschaftskassen die Wagen ungepinnt habe, um diesen los zu zwingen, dem Verbande beizutreten. Nach unseren Erkundigungen ist die ganze Schwindelnotiz nach Reichsländgenverbandsmanier erunden. **Anwalt ist, daß ein Vorstandmitglied einer unserer Zahlstellen einem Mitglied des Gewerkschaftskassen Wagen ungepinnt hat.** Auf der Grube Burbach ist übrigens von der ganzen Geschichte nichts bekannt und die Rechenverwaltung hat den Schauerroman ebenfalls erst durch die Presse erfahren. Selbst aber wenn es zuträfe, daß ein Mitglied unseres Verbandes sich vorantags zu Schulden kommen ließe, was würde das gegen unseren Verband beweisen? Wir würden ein solches Mitglied sofort ausschließen, wie wir das auch beim Gewerkschaftskassen in einem solchen Falle voraussetzen und damit wäre doch die Sache erledigt. **Wir verstehen darum auch nicht, was der „Vergnapper“ mit seiner Schwindelnotiz eigentlich sagen oder beweisen will!** Was würde der „Vergnapper“ dazu sagen, wenn wir eine Anzahl Fälle, wo Gewerkschaftskassenmitglieder Verbandsmitgliedern die Wagen ungepinnt haben, aufzählen und gegen den Gewerkschaftskassen ausklachten wollten? Was beweist es gegen eine Sache, wenn unter ihren Anhängern sich vielleicht unredliche Elemente befinden? Der „Vergnapper“ sollte sich einer solchen Kampfschmachämern. **Wir eine wirklich gute Sache mit solchen unaufrichtigen Mitteln verteidigt werden?**



Table with columns: Ort, Brutto-Einnahme, Invalid-Beiträge, Jugend-Beiträge, Eintrags-geld, Abnehmer-geld, Orts-Verbrauch. Lists various locations and their financial data.

Table with columns: Ort, Brutto-Einnahme, Invalid-Beiträge, Jugend-Beiträge, Eintrags-geld, Abnehmer-geld, Orts-Verbrauch. Lists various locations and their financial data.

Table with columns: Ort, Brutto-Einnahme, Invalid-Beiträge, Jugend-Beiträge, Eintrags-geld, Abnehmer-geld, Orts-Verbrauch. Lists various locations and their financial data.

Eine gewaltige Demonstration der Ruhrbergleute!

Zu einer gewaltigen Kundgebung für eine gesunde Knappschäftsreform gestaltete sich die am Sonntag stattgefundene Diesener Versammlung im Schützenhof zu Bochum. Es nahen rund 10 000 Bergarbeiter Einlaß in den Schützenhof gefordert haben, eher mehr als weniger. Etwa 7000 Menschen fanden Platz in dem riesigen Saal, Kopf an Kopf in stürzender Eile gedrängt, lauschte die Masse den Ausführungen der Redner. Auf den Straßen, die zum Schützenhof führen, wogten große Trupps Menschen, die keinen Einlaß fanden und nun sich in der Stadt verteilten. Als erster Redner sprach Hue über die Bergarbeiterdebatten im Reichs- und Landtage. Redner behandelte auch die Vereinsgesetznovelle, wie den Arbeitskammergesetzentwurf. Stimmliche Zustimmung fanden die Ausführungen Hues über seine Haltung im Reichstage bezügl. der Knappschäftsdebatten. Das Veto der Versammlung dürfte eine klatschende Ohrfeige sein für die Pressäußerungen, die sich bisher gegen die Haltung Hues im Reichstag richteten. Hue forderte die Arbeiter aller Parteirichtungen auf, in den Kampf um das Landtagswahlrecht einzutreten. Die nächste Landtagswahl müsse die Bergarbeiter auf dem Posten finden. Sachs, von der Versammlung lebhaft begrüßt, sprach über das Zwangsstatut. Noch einmal ließ Redner die einzelnen Verschlechterungen des Zwangsstatuts, wie die Verschlechterungen, die die Werksbesitzervorschläge mit sich brachten, an den Augen der Bergarbeiter vorüberziehen und es zeigte die Haltung der Versammlung, daß die Organisationsleiter wie die oppositionellen Vorsteher so gehandelt haben, wie sie handeln mußten. Verbe kritisierte dann Sachs noch das bekannte Zirkular, das die Bergarbeiter gegen ihre Führer in der Knappschäftsabewegung aufheben sollte. Man sei trotz alledem zur Einigung bereit, aber den billigen Wünschen der Knappschäftsmitglieder müsse Rechnung getragen werden. Nach den beiden Referenten erstattete Potorny Bericht über die Giesbertsversammlung in Vorbeck. Giesberts nahm in Vorbeck seine Ausführungen gegen Hue im Reichstage insofern zurück, als er (Giesberts) sich im Zentrum befände mit seiner Behauptung, die Gewervereinsdeputation habe der Zentrumsparlei geraten, für das Knappschäfts-gesetz einzutreten. Er - Giesberts - habe nur zwei Sitzungen von etwa 10, die die Deputation mit den Parteien gehalten, beigewohnt, da hätte die Deputation auf die Parteien eingewirkt, gegen das Gesetz zu stimmen. Aber die späteren Verhandlungen könne er, weil er nicht anwesend war, nichts berichten (!) Zumbusch, der nachherige Redner in Vorbeck, sagte, daß erst, nachdem die Deputation mit dem Handelsminister konferiert habe, die Deputation zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Zentrumsparlei den Kompromiß mit den anderen Parteien aufrecht erhalten mußte. Wie sich die Gewervereinsdeputation selbst zu dem Kompromiß wie zu der ferneren Haltung der Zentrumsparlei stellte, darüber gab Giesberts wie auch Zumbusch keine Aufklärung. Giesberts meinte, die Zentrumsparlei lasse sich schließlich auch nicht von einer Deputation beeinflussen, und Zumbusch brachte nicht einmal, wie Effert, in der Presse zum Ausdruck, daß die Deputation nachträglich weder für noch gegen das Gesetz geraten habe. Potorny, dem eine Viertelstunde Redezeit gewährt war, forderte Zumbusch auf, in der Versammlung (in Vorbeck) zu erklären, ob sich auch nach der Beratung mit dem Handelsminister die Deputation nicht für verpflichtet gefühlt habe, gegen das Gesetz Stellung zu nehmen und dagegen zu arbeiten. Zumbusch schweig und so bleibt es bei der Effertschen Darstellung in der Presse, daß die Deputation von ihrem alten Standpunkt abgegangen ist und es der Zentrumsparlei überlassen hat, für oder gegen das Gesetz zu stimmen. Selbstverständlich können sich die Bergarbeiter mit dieser Antwort nicht zufriedengeben. Die Giesbertsche Versammlung war von 4-500 Personen besucht, die Hälfte davon waren Verbändler. Soweit der Bericht. Letzter Redner schloß

dann mit einer kernigen Ansprache die Schützenhofversammlung. Sie wird ihren Eindruck nach außen nicht verschleiern. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

I. „Die heutige, auf dem „Schützenhof“ in Bochum stattgefundene von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung erklärt: Der neue Reichstag hat die entsprechend den gemachten Wahlversprechungen auf ihn gesetzten Hoffnungen hinsichtlich einer entschlossenen, großzügigen Sozialpolitik durchaus enttäuscht. Trotz gegenwärtiger Verschärfung erblickt die Versammlung in dem Arbeitskammergesetzentwurf keinen Versuch, der Arbeiterklasse eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu geben, sondern offensichtlich soll wieder eine Institution geschaffen werden, die eine Handhabe bietet zur Verhinderung der sozialen Uebelstände. In dem Gesetzentwurf betr. ein Reichsvereinsgesetz kommt unverkennbar ein kleinlicher Polizeigeist und eine das arbeitende Volk entwürdigende Sacht zur Bevormundung zum Ausdruck. Insbesondere ist es nicht zweifelhaft, daß der § 7 (Sprachenparagraf) würde er in der vorgeschlagenen oder in einer ähnlichen Form zum Gesetz erhoben, sich direkt gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in Rheinland-Westfalen richtete. Den ohnehin wirtschaftlich sehr mächtigen Industriezentren würde durch ein auch nur indirektes Verbot, in nicht-deutscher Sprache die circa 200 000 nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet über ihre wirtschaftlichen Interessen aufzuklären, eine neue Zugbrücke für die Arbeiter in die Hand gegeben. Deshalb protestiert die heutige Versammlung energisch gegen den sog. Sprachenparagrafen im Reichsvereinsgesetzentwurf und bittet die Vereinsgesetzkommission des Reichstags und überhaupt sämtliche Volksvertreter, nur einem Vereinsgesetz ihre Zustimmung zu geben, das aufkündigt mit aller bürokratischen und polizeilichen Bevormundung des Volkes.“

II. „Die heute im Schützenhof zu Bochum tagende von circa 7000 Bergarbeitern besuchte Versammlung ist mit der Haltung der Vorsteher völlig einverstanden, der verlangte Erfolg für das Stindergeld war das Mindeste was sie verlangen mußten. Versammlung erwartet, daß auf dieser Grundlage das Statut möglichst bald zustande kommt. Es gereicht den Vorsteherinnen, die sich durch die Abstimmung zum Teil selbst schädigten, zur hohen Ehre, daß sie das Interesse der armen Kameraden so hoch hielten. Die Versammlung spricht auch ihre Freude aus über die Haltung der meisten Redner im Reichstag, die kräftig für reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung eintraten. Umso tabulanzwerter ist die Haltung der Regierung, die sich grundlos gegen ein für die Bergarbeiter günstiges Reichsgesetz sträubt, und damit nur den Interessen der Scharhauer dient. Der preussische Landtag hat doch zur Genüge gezeigt, daß von ihm die Bergarbeiter nichts zu erwarten haben. So lange das elende Dreiklassen-Wahlrecht besteht, bei welchem 85 Proz. der Wähler tatsächlich rechtlos sind, ist auch keine Hoffnung zu erwarten. Die Bergarbeiter sind deshalb erst recht verpflichtet, auch mit allen Kräften die Einführung des geheimen und gleichen Wahlrechts für den Landtag zu verlangen.“

III. „Die heute von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung ersucht den Reichstag, die Eichung der Förderwagen und der Fördergerüste durch das Gesetz betr. Maß- und Gewichtordnung unbedingt vorzuschreiben und alle gegenteiligen Anträge abzulehnen.“

**Verbandsnachrichten.**  
**Achtung Bergarbeiter Achtung!**  
Zwischen der Belegschaft der Grube Geureka zu Meuselwitz und deren Verwaltung sind Differenzen ausgebrochen, weil letztere ältere Kameraden ablegt und dafür jüngere einstellt. Zugang nach der Grube Geureka ist daher streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses gebeten.  
Wegen Verbandschädigung und unkollegialen Benehmens ist das Mitglied Nr. 46786 Johann Spaniol-Oberhausen aus dem Verbande ausgeschlossen. Auch ist Spaniol gleich seiner Stellung als Verbandsangehöriger entlassen worden. Den Belegschaften beim Ortsvereine der Oberhausen-Bezirks werden wir die Gründe, welche dem Vorstand zu diesem Schritte geführt haben, noch mitteilen.  
Der Vorstand.

Achtung! Arbeiterssekretariat Oberhausen! Achtung!

Was auf weiteres sind die Sprechstunden des Arbeiterssekretariats von 9 1/2 bis 12 1/2 vormittags und 5 bis 7 Uhr nachmittags festgesetzt. Die Mitglieder werden ersucht, die Sprechstunden innegestalten und bei Inanspruchnahme das Mitgliedsbuch mitzubringen.  
Dem Sekretariat sind folgende Zahlstellen angeschlossen: Altstadt, Buschhausen, Dampfen I, II und III, Frinton, Hiesfeld, Holtshausen bei Mülheim, Mülheim I und II, Weidrich I und II, Oberhausen I, II und III, Osterfeld, Sterkrade I und II, Styrum, Schmidthorst.  
**Rechtschutz.**  
**Achtung! Margloh-Hamborn.**  
Von jetzt an ist das Rechtschutzbüro in Hamborn, Rannenbergstraße 70 an jedem Dienstag und Freitag von 9-12 Uhr vormittags und 2-7 Uhr nachmittags geöffnet.  
Dem Rechtschutzbüro sind folgende Zahlstellen angeschlossen: Altentrade, Beck, Dinstaken, Hamborn I u. II, Holten, Wyfang, Margloh und Obermargloh.  
Die Kameraden obiger Zahlstellen werden ersucht, die Sprechstunden inne zu halten und bei Inanspruchnahme des Rechtschutzbüros das Mitgliedsbuch mitzubringen.  
**Achtung! Niederschlesier im Bezirk Hamborn.**  
Da mit dem Inkrafttreten der neuen Knappschäftsstatuten die freiwillige Mitgliedschaft unter Fortzahlung der vollen Beiträge im Niederschlesischen Knappschäftsverein nicht mehr möglich ist, da aber auch das neue Vergesetz eine Hebescheidung der bisher erworbenen Rechte zuläßt, so müssen alle niederschlesischen Kameraden, welche im niederschlesischen Knappschäftsverein sich bisher ihre Unrechte erhalten haben, die jetzt auflösenden Listen unter Angabe der Rollennummer unterschreiben. Diese Listen liegen bis zum Sonntag, den 1. März, abends, bei folgenden Kameraden aus:  
Für die Zahlstelle Obermargloh: Paul Effenberg, Obermargloh, Schillerstr. 82. Ernst Welzel, Obermargloh, Rüderstraße 16.  
Für die Zahlstelle Hamborn I: Herrn. Milbe, Hamborn, Klosterstr. 50 a. Herrn. Bauer, Hamborn, Buschstr. 63.  
Für Hamborn II und Beck: Herrn. Kuhnas, Hamborn-Dtader, Gustavstr. 12 a. Gustav Kallenberg, Hamborn-Dtader, Ulrichstr. 11.  
Für die Zahlstelle Margloh: Aug. Rolke, Margloh, Vereinsstr. 13.  
**Krankengeldauszahlung.**  
Bochum V (Hoffstedt). Krankengeldauszahlungen werden jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat, Vormittags, Verlehrsstraße 49 II. Stock, ausbezahlt.  
**Achtung! Bezirk Lothringen.**  
In der Zeit bis zum 1. April d. J. ist der Bezirksleiter Kamerad Wilmann abwesend. Die Geschäfte werden durch den Kameraden Nikolaus Gemmer in Lothringen besorgt. Auch hält derselbe die Rechtschutzstelle in Diedenhofen ab.  
**Bochum II.** Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß von jetzt an auf zwei Stellen Krankengeld ausbezahlt wird, jeden ersten und dritten Sonntag bei Wirt Hüschhoff, Widenerstraße 117, und beim Vertrauensmann, Fickerstraße 23.  
**Giehlinghofen.** Umständlicher muß unsere Zahlstellenversammlung auf Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr verlegt werden.  
**Zipfendorf.** Alle krankfeindlichen Mitglieder müssen sich unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines beim Vertrauensmann melden, wenn sie länger als 14 Tage krank feieren. Wer das nicht beachtet, hat seinen Anspruch auf Krankengeldverlust.  
**Jahrze II (Dorotheendorf).** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle von jetzt an den Namen Jahrze II führt. Weiter werden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß jedes Mitglied pro Quartal eine Krankenspende abgeben muß. Wer für das Jahr 1907 noch keine vier Marken geleistet hat, mag dies nachholen. Ferner erinnern wir an den Beschluß, daß jedes Mitglied pro Jahr 1 Mark zum Sozialfonds beitragen muß. Für das erste Quartal wurden 20 Bfg. erhoben und gelangen die Beiträge jetzt zur Einzahlung.

**Kameraden, agitiert für den Verband!**

